



Worteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Infectionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Seite in Zeitschrift 1 1/2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

O. C. Zoll-Parlaments-Verhandlungen.

16. Sitzung des Zollparlaments. (20. Mai.)

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Am Tisch der Bundes-Commissarien: Delbrück, Dr. Michaelis, v. Linden u. A.

Der Präsident ernennt zu Referenten über den gestern eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend den Vereinszolltarif vom 1. Juli 1865, die Abg. v. Patow und Dissené.

Das Haus tritt in die Specialdiscussion des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs, ein, zu welchem sechs neue, meist gegen die Petroleumsteuer gerichtete Petitionen eingegangen sind.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) beantragt, die Petroleumsteuer zuerst zu discutiren, da nach den geistigen Aeußerungen der Vertreter des Bundesraths diese Abstimmlung für das ganze Gesetz präjudicial sein werde.

Bundescommissar Delbrück: Vom Standpunkte der verbündeten Regierungen aus muß ich anheimgehen, ob das hohe Haus diesen oder jenen Punkt zuerst discutiren will; ich bemerke nur, daß, wenn die Petroleumsteuer auch zuerst discutirt wird, dies auf die übrige Verathung keinen Einfluß haben wird.

Abg. v. Lüd erklärt sich gegen den Vorschlag des Abg. Braun, da viele Mitglieder des Hauses die rechte Seite ist sehr wichtig befiehlt darauf gerechnet hätten, daß in der im Gesetze aufgestellten Reihenfolge verfahren werden wird.

Abg. v. Hoyerbeck bittet den Antrag Braun anzunehmen, da im Falle der Gewährung der Petroleumsteuer ein erhebliches Plus an Einnahmen sich ergeben werde und dies von großem Interesse für etwaige andere Ermäßigungen sein werde. So lange man nicht wisse, was mit der Petroleumsteuer wird, sei man in Betreff aller übrigen Punkte im Dunkeln.

Der Antrag Braun wird mit großer Majorität gegen die Stimmen der preussischen Conservativen angenommen.

Die Specialdebatte beginnt deshalb mit Tit. III. „Mit einem Eingangszolle werden belegt Minerale, roh und gereinigt, für den Centner mit 15 Sgr. oder 5 1/2 Kreuzer.“

Auf der Rednerliste stehen 5 Redner für, 7 gegen die Petroleumsteuer. Abg. v. Thadden führt die Verpflichtung als Landwirth und Conservativ, sein Votum für den Zoll zu rechtfertigen. Der Petroleumzoll sei kein Schutzzoll, da wir kein inländisches Petroleum haben. Er sei lediglich ein Finanzzoll, und zwar ein gerechter und praktischer. Der Wohlhabende verbringe mehr Geld als der Arme, der dem Arme auferlegte Druck sei nur geringfügig. So lange man noch Eisenzölle und die Salzsteuer habe, könne man eine Petroleumsteuer nicht verwerfen.

Abg. v. Bara (gegen die Petroleumsteuer): Zu den wirtschaftlichen Gründen, die ausreichen, die Steuer abzulehnen, kommen noch politische, welche mit unserer Stellung und Wirksamkeit zusammenhängen. Ich bin mit reichen Hoffnungen in das Zollparlament gekommen, hohe Freude erfüllte mich, wieder einmal die Vertreter der ganzen deutschen Nation beisammen zu sehen. Aber in politischen Dingen soll das Gefühl nicht des Verstandes Herr sein. Wie befriedigt man auch mit dem bisher Erreichten sein mag, das kann man sich doch nicht verhehlen, daß dies Zollparlament nur einen Werth hat als Uebergangsstadium, als eine Institution, die uns weiter führen soll zu einer wahren Vereinigung aller Stämme des deutschen Vaterlandes. Für jetzt aber haben wir mit den Mängeln und Schwächen unserer Stellung uns abzufinden und auch deren Folgen zu tragen. Die Hauptschwäche dieser hohen Versammlung liegt darin, daß sie bloß über Zölle und indirecte Abgaben zu discutiren hat, ohne sagen zu können, wozu die dadurch gewonnenen Gelder verwendet werden sollen. Hätten wir auch die letztere Vollmacht, so würden wir auch in der Bewilligung von Geldern viel freier sein. Es ist das eine Position, die noch nicht dagewesen ist, in irgend einem Staatswesen, daß die eine politische Körperschaft die Einnahmen dictirt und die andere deren Verwendung. Da ist doch die allergrößte Nothwendigkeit. Wir dürfen daher nur solche Einnahmen votiren, deren Verwendung wir übersehen, oder die in einem gewissen Zusammenhange mit unserem Wirkungskreise stehen. Das trifft aber in diesem Falle nicht zu. Außerdem ist noch gar nicht erwiesen, daß die in der Petroleumsteuer verlangte Einnahme auch wirklich gebraucht wird; warten wir daher zunächst ab, ob die Zollreformen wirklich die Einnahmen aus den Zöllen dauernd vermindern. Sollte das in der That der Fall sein, nun dann hat das Präsidium es ja jeder Zeit in der Hand, uns wieder zu berufen, die Lage der Dinge darzulegen und Abhilfe zu verlangen. Eine Versammlung wie die unsrige hat kein anderes Mittel, Ansehen und Macht zu gewinnen, als den Gehorsam. So lange man etwas von uns zu holen weiß, so lange werden wir auch in der Lage sein, etwas durchzusetzen. Lehnen Sie die Petroleumsteuer ab! (Bravo!)

Abg. v. Patow (für die Petroleumsteuer): Ich theile vollkommen die Ansichten des Vorredners über den Mangel unserer Verfassung; aber wollte man daraus die Consequenz ziehen, nie etwas zu bewilligen, so würde man damit den kaum gepflanzten Baum unserer Entwicklung zerstören. Wir haben die Pflicht, für einen Ersatz der von uns beschlossenen Einnahmeausfälle zu sorgen, sonst scheiden wir der Regierung den Weg ab, die Tarifreform weiter zu verfolgen; wir kommen dann in den Krebschaden der alten Zollvereinsverfassung hinein. Ist denn dieser Petroleumzoll wirklich etwas so Verwerfliches? Wenn man hoch rechnet, so verbraucht der arme Mann im Jahre vielleicht 10 Pfd. Petroleum, er würde also eine Steuer von 1 1/2 Sgr. bezahlen. Glauben Sie, daß eine so geringfügige Summe ihn wieder zum Aeußersten zurücktreibt? Sie dürfen auch das „Zug um Zug-System“ nicht gar zu genau nehmen. Es ist uns nachgewiesen worden, daß bei dem Etat des norddeutschen Bundes sehr erhebliche Einnahmeausfälle sich herausstellen werden. Dieselben sind uns zwar noch nicht im Einzelnen vorgelegt, aber wir können im Voraus von der Wahrheit dessen überzeugt sein. Wir haben ja bedeutende Reformen beschlossen, die zweifellos, wenn auch nur für die erste Zeit, die Einnahmen vermindern werden. Diese Thatsache können Sie doch nicht ignoriren! Sie müssen die Mittel zur Abhilfe schaffen! Daß die Herabsetzung der Zölle die Einnahmen aus denselben so bedeutend erhöhen werden, dürfen Sie auch nicht erwarten. Sie dürfen in dieser Beziehung keinen Vergleich mit England anstellen. England mit seiner hohen Belastung von Luxusartikeln kann natürlich bei jeder Herabsetzung dieser Zölle einen bedeutend vermehrten Consum und daher bedeutend vermehrte Zolleinnahmen erwarten. Unsere Zölle sind im Vergleich mit den englischen unhältnißmäßig niedrig, ihre Herabsetzung vermehrt den Consum nur wenig und es steht daher in Frage, ob sich die Einnahmen überhaupt steigern werden. Machen wir es den verbündeten Regierungen nicht unmöglich, künftig uns große Maßregeln vorzulegen, in dem wir nur auf Verminderung der Lasten eingehen aber jeden Ersatz ablehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dehmichen (Sachsen) [gegen die Petroleumsteuer]: aus specieller Rücksicht auf das industrielle Sachsen, dessen kleinerer Fabricationsbetrieb eine große Menge Petroleum consumirt. Durch die Steuer würden aus Sachsen mindestens 80,000 Thaler herausgezogen; eine solche indirecte Steuer sei jedenfalls ungerecht. Matrikularbeiträge seien entschieden vorzuziehen, da sie gerechter vertheilt würden und auch die arbeitenden Klassen nicht so drückten. Es sei überhaupt verwerflich, eine neue Steuer einzuführen, ehe das Bedürfnis nachgewiesen sei. (Graf Bismarck tritt ein.)

Abg. Günther (Sachsen) für die Petroleumsteuer: Man glaube nicht, daß in Sachsen irgendwo Geneigtheit vorhanden ist, neue Steuern zu übernehmen. Ich stimme aber für die Petroleumsteuer, weil eine Einnahme-Erhöhung nothwendig ist und die Petroleumsteuer durchaus nicht mehr drückt, als jede andere. Sie ist verhältnißmäßig gering, da sie nur 1 1/2 Pf. pro Pfund beträgt. Es handelt sich allerdings hier um die Besteuerung eines nothwendigen Lebensbedürfnisses; es sind aber in vielen Staaten noch nothwendigere Lebensbedürfnisse besteuert, wie Brot, Fleisch, Salz; vielleicht geringt es, gerade durch die Petroleumsteuer eine Erleichterung dieser Steuern herbeizuführen. — Wenn durch die Verminderung der Zölle wirklich kein Ausfall, sondern eine Einnahme-Erhöhung sich herausstellt, so werden die Matrikularbeiträge verringert werden können. Die Bedürfnisse des norddeutschen Bundes sind bedeutend; es müssen deshalb neue Einnahmequellen gesucht werden. — Niemand kann außerdem nachweisen, daß die Besteuerung auch wirklich von den Consumenten getragen wird, da der Zuschlag ein so

geringer ist. — Der Zuder ist sehr hoch besteuert, obgleich er nicht weniger nothwendig ist, als Petroleum. (Vize-Präsident Hohenlohe übernimmt das Präsidium.) Die Deputationen des Abg. Braun, der doch sonst für Minimalzölle sei, versteht Redner nicht recht, da durch die Annahme der Tarifvorlage zahlreiche Minimalzölle erreicht werden unter der einzigen Bedingung, daß auch auf das Petroleum ein Minimalzoll gelegt werde. Aber es scheint wohl, daß auch in seiner Brust „zwei Seelen“ wohnen, die zuweilen in Collision geraten, und daß er kein Galilei ist, wenn er von der Tarifreform sagt: sie bewegt sich doch!

Es giebt allerdings ein anderes Mittel, wodurch die Petroleumsteuer überflüssig werden und das Budget um 20 Millionen erleichtert würde; ein Mittel, das gewiß den allgemeinsten Beifall finden und mehr als alle Adress-Debatten und Resolutionen und die Sympathien der süddeutschen Brüder erwerben würde — die Entlassung von 100,000 Mann. Dann würde es wohl „Frühling werden in Deutschland“. Bis jetzt aber kann ich mich zur Frühlingsbegeisterung noch nicht aufschwingen; und so lange dies nicht der Fall ist, so lange können wir auch die winterliche Petroleumlampe nicht entbehren. (Beifall rechts, Gelächter links.)

Abg. Grumbrecht (gegen die Petroleumsteuer): Immer gegen den Strom zu schwimmen, ist auch unbequem, ich werde heute populärer sprechen, als es mir zulezt vergönnt war. Wüßte ich nicht, daß Hr. v. Patow früher Finanzminister gewesen ist, aus seiner heutigen Rede allein würde ich es gemerkt haben; ich begreife vollkommen die Freude eines Finanzministers, wenn er ein neues Steuerobject findet, und ebenso seinen Schmerz, wenn ihm die bezügliche Vorlage abgelehnt wird. — Das Petroleum wird sich für die Consumenten vertheuern, und zwar um weit mehr, als der Zoll beträgt. Als in Hannover die Steuer auf Salz von 12 1/2 Sgr. auf 2 Thlr. erhöht wurde, da machte sich die Preisvertheuerung bis zu den kleinsten Portionen zu 1 Sgr. herab fühlbar. Ebenso wird es mit dem Petroleum sein. Ich bin kein Freund der progressiven Einkommensteuer, aber der Zoll auf Petroleum wird mit der Zeit ebenso wie die Salzabgabe geradezu zu einer Kopfsteuer werden. Und wir können doch nicht zu gleicher Zeit die Steuer auf Wein vermindern, d. h. einen Luxusartikel billiger machen, und das Petroleum mit einem neuen Zoll belasten, d. h. ein nothwendiges Lebensbedürfnis vertheuern! (Präsident Simon übernimmt wieder den Vorsitz.) Politische, wirtschaftliche, finanzielle Gründe sprechen gegen diesen Zoll.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Graf Bethusy-Suc: Eine Steuer von 1 1/2 Pfennigen auf das Pfund Petroleum steht in keinem Verhältnisse mit dem Werthe der menschlichen Arbeit; der Abg. Braun kann also nicht davon sprechen, daß durch diese Steuer die menschliche Arbeit als freiwilliger Luxus qualifizirt werde. Auf den Arbeitstag würde vielleicht eine Steuer von 1/2 Pfennig kommen. Und wer zahlt sie, der Arbeiter oder der Consument, der arbeiten läßt? Muß der Schneider, der den Rock fertigt, den höheren Preis des Petroleums tragen, oder der den Rock anfertigt läßt? Unzweifelhaft der Letztere, und damit wird die ganze von vielen Vorrednern in Scene gesetzte fittliche Entrüstung in die Luft zerstreut, wo kein Petroleum brennt. — Redner geht nun auf die Frage des Vorzugs der directen vor den indirecten Steuern ein; und kommt dabei zu dem Schluß, daß man vielleicht am Ende aller Dinge zu einem Systeme reiner directer Besteuerung gelangen werde, daß man aber vorläufig auch der indirecten Steuern nicht entbehren könnte, und daß die zur Zeit, namentlich in Berlin, gegen die indirecte Besteuerung herrschende Agitation eine Menge von Illusionen in sich trage. — Der Abg. Braun will nicht ein Deficit, das vielleicht nur ein Jahr dauert, mit einer dauernden Steuer beden. Ich gebe von einem ganz entgegengesetzten Grundfusse aus; ich will diese Steuer bewilligen, um dadurch mit einer Grundlage für die dauernde nationale Macht unseres Staatswesens zu gewinnen. Der Vorredner wird heute populär stimmen, ihm ist es lästig geworden, gegen den Strom zu schwimmen. H. S.! Wir haben diesen süßen Tranck der Popularität noch nie gekostet, wir sind immer unpopulär, obwohl ich persönlich und subjectiv die Schwäche, sich nach den Fleischtöpfen der Popularität, wenn man sie einmal genossen hat, zurückzusehen, wohl verstehe. Aber um so mehr möchte ich gerade die Herren von der national-liberalen Partei bitten, stimmen Sie nicht aus irgend einer staatsrechtlichen Theorie heraus, lassen Sie sich durch kein, wenn auch vielleicht unbewußt gefühltes Bedürfnis zu einer oppositionellen Haltung hinreißen, diese Vorlage abzulehnen! Bewilligen Sie dieselbe auf Grund des nationalen Gedankens, in dem Sinne, daß Sie dadurch zugleich die Macht und Stärke des norddeutschen Bundes votiren. Ich, meine Herren, liebe den Frieden. Aber wenn man denselben nicht erhalten kann, so ziehe ich das Schlagen dem Drohen, das Beissen dem Vellen vor. Verjäumen Sie es nicht, die Maschine des Staates einzuplen, um sie ihre Zwecke erfüllen lassen zu können.

Abg. Laster: Der Grund, der mich bewogen, in so später Stunde noch das Wort zu nehmen, liegt in der Behauptung des Abg. v. Patow, daß wir — die national-liberale Partei — die Petroleumsteuer aus politischen Gründen verjagen wollten. Ich weiß nicht, ob darin ein Vorwurf liegen soll; jedenfalls ist die Behauptung eine irrige; wenn es so wäre, würden wir Mannes genug sein, offen mit unsern Gründen hervorzutreten. Der letzte Vorredner hat die Vorlage sogar zu einer Ministerfrage gemacht, indem er darauf hinwies, daß durch eine Ablehnung dem leitenden Ministerium ein Misstrauensvotum gegeben würde. Ich kann Namens meiner Freunde erklären, daß, wenn die deutsche Frage oder auch nur unsere jetzige deutsche Politik von der geforderten Steuer abhängig wäre, wir wahrhaftig kein Bedenken tragen würden, für dieselbe zu stimmen. Der Herr Vorredner behauptete, wir ließen uns bei unserem Votum von der Rücksicht auf Popularität leiten, nachdem wir deren Süßigkeit früher gekostet hätten. Der Redner, auf dessen Aeußerung sich diese Bemerkung bezieht, ist gewohnt, die Verantwortung für seine Worte wie für seine Voten ohne Rücksicht auf unsere Partei selbst zu übernehmen; wenn der Abg. Graf Bethusy seine psychologischen Studien weiter getrieben hätte, so müßte er wissen, daß derjenige, welcher den Reiz der Popularität noch nicht gekostet hat, demselben gegenüber gewöhnlich weniger stark ist als derjenige, welcher ihn aus Erfahrung kennt. Mehrere der Redner, welche die Vorlage vertheidigt haben, sind dabei mit sich selbst in Widerspruch geraten. So stellte der Abg. v. Patow zuerst, als er uns die Petroleumsteuer annehmbar machen wollte, eine Besteuerung mit 1 1/2 Sgr. als sehr geringfügig hin, während er den gleichen Betrag, durch Matrikularbeiträge erhoben, sehr bedeutend fand.

Der Modus der Erhebung begründet doch einen solchen Unterschied nicht. Wenn der Abgeordnete Bethusy behauptet, das Steindöl werde durch eine so geringe Steuer überacht nicht vertheuert werden, so muß ich ihm bemerken, daß ich trotz aller Achtung vor seinen finanziellen und politischen Kenntnissen mich in dieser Frage doch lieber auf das Urtheil eines Materialwaarenhändlers verlasse. — Man braucht die Vorlage nur nach ihren inneren Verhältnissen zu prüfen, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß man gegen dieselbe stimmen kann, ohne ein Staatsinteresse zu gefährden. Das Bedürfnis einer neuen Steuer ist nicht genügend nachgewiesen. Die Ausfälle, die durch den österreichischen Handelsvertrag und durch die sonstigen Ermäßigungen des Tarifs veranlaßt werden, sind nach der übereinstimmenden Ansicht aller Mitglieder dieses Hauses und des Bundesraths voraussichtlich in längstens 3 Jahren durch die gesteigerte Einfuhr gedeckt; warum verlangt man also nicht die Petroleumsteuer nur für diese Zeit? Wir würden dann vielleicht eher geneigt sein, auf die Forderung einzugehen. Man hat sodann das Petroleum als einen allgemein verbreiteten Consumtionsartikel für ein sehr geeignetes Object der Besteuerung bezeichnet. Es ist richtig, daß ein solcher Artikel ein gutes Steuerobject ist aber nur dann, wenn der Verbrauch abhängt von dem steigenden Wohlstand des Landes. Dies ist bei dem Petroleum nicht der Fall. Der Consum desselben ist nicht deshalb so bedeutend gestiegen, weil der Wohlstand in gleichem Maße zugenommen hätte, sondern es dient dazu, den Wohlstand erst zu schaffen, und deshalb ist es ein schlechtes Besteuerungsobject. Geben Sie durch Annahme der Steuer den arbeitenden Klassen nicht eine begründete Veranlassung zur Beschwerde! Ein solcher gerechtfertigter Vorwurf ist die gefährlichste Waffe im Dienste der Arbeiterbewegung, welche dahin geht von dem Staate directe Unterstützung der arbeitenden Klassen zu verlangen. Bei allem Respekt vor dem Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes und der Handelspolitik, welche derselbe seit 20 Jahren gegen alle Hindernisse siegreich durchgeführt hat, muß ich ihm doch meine Verwunderung über das System aussprechen, welches er in der gegenwärtigen Vorlage befolgt hat.

Eine Reform des Tarifs muß auf sich selber gestellt werden, wenn man aber für jede Zollermäßigung Erlaß in einer neuen Steuer sucht, so heißt das nicht reformiren, sondern die Last von einer Schulter auf die andere legen. (Sehr wahr!) Wenn die englischen Verhältnisse — wie der Vertreter des Bundesraths neulich behauptet — für ein solches System in unserem Sinne viel günstiger sind, so mag man doch versuchen, ob sich bei uns nicht wenigstens ein dem englischen analoges System durchführen lasse, und hier möchte ich auf eine Ermäßigung der Zuderzölle hinweisen, die nach dem übereinstimmenden Urtheil aller Sachverständigen in kurzem sämtliche Ausfälle, für deren Erlaß die Petroleumsteuer dienen soll, zu decken im Stande wäre. Unsere Gründe gegen die Vorlage sind demnach lediglich finanzielle, und ich bitte Sie, unter Botum nicht von dem Standpunkte des Vertrauens oder Misstruens gegen die Leitung unserer Politik beurtheilen zu wollen.

Die Discussion wird geschlossen und es folgen einige persönliche Bemerkungen, von denen wir die folgende hervorheben. Abg. Dr. Braun: Der Abg. Günther hat seine inquisitorische Thätigkeit gegen meine arme Seele gerichtet und mir die Ehre erwiesen, mich als einen zweiten Galilei zu bezeichnen. Ich protestire gegen diese Ehre schon wegen der Gefahr, in die Hände eines solchen Großinquisitors zu fallen. (Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird die Petroleumsteuer mit 190 gegen 99 Stimmen abgelehnt; gegen dieselbe stimmten alle liberalen Fractionen außer den Altbairen, die Mehrzahl der Süddeutschen, die Bundesstaatlich-Constitutionellen (Windthorst, Reichenberger), auch einige conservativere Sachsen, außerdem u. A. Frhr. v. Rothschilb, Bloemer, Gellert. — Für die Petroleumsteuer stimmten mit den Conservativen und Ultraliberalen u. A. Meier (Bremen), Fürst Hohenlohe, v. Schloer.

Dafür haben gestimmt die Abg. Agidi, beide v. Arnims, v. Auerwald, v. Bassewitz, v. Bernuth, Gr. Bethusy-Suc, Prinz Biron v. Curland, v. Blankenburg, Blum (Köln), v. Bodelschwimg, beide v. Brauchitsch, Graf v. Bredow, v. Bülow, Bürger, beide Camphausen, v. Cranch, v. Dabler, v. Denzin, Devens, v. Diest, Frh. v. Dörnberg, Gr. v. Dohna-Fintenstein, v. G. Cardstein, Sidmann, v. Giesfeld, Gr. zu Guleburg, Bogel v. Faldenstein, Feustel, Fr. Frankenberg, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Franz, Dr. Friedenthal, Geber, v. Göler-Nabensburg, v. Graebnitz (Grünberg), Günther (Sachsen), v. Güttenberg, v. Hagemeister, Hausmann, v. Heldorf, v. d. Heydt, Fürst Hohenlohe, v. Hüllessem, v. Jagow, Graf Jkenplich, v. Karstedt, Kester, Gr. Keyserling, Gr. Kleist, Köster, Künzer, Graf Ledebors, v. Levesjow, Fürst Lichnowsky, v. Lüd, Lude, Graf Luruburg, Graf Malsan, Meier (Bremen), v. Moltke, v. Müller, v. Patow, Pfannenbeger, Fürst Pleh, Gr. Pleßen, Graf Pücker, Herzog von Ratibor, v. Romberg, v. Sakhwebel, v. Savigny, v. Schaper v. Schilder, v. Schöning, v. Schwarzkoppen, v. Sedt, beide v. Seydewitz, Fürst Solms, beide Grafen Solms, Sperber, Stabenhagen (Hannov.), v. Steinmetz, Gr. Stolberg, Stamm, Gr. Schullenburg (Silesien), v. Thadden, v. Tressow, beide v. Vinde's, Wagener (Neustettin), v. Walbow u. Reichenstein, v. Wasdorf, v. Wedemeyer, v. Weigel, v. Zehmen.

Es wird nun übergegangen zu Tit. I. (Verzeichniß der Artikel, die vom Eingangszolle befreit werden). Zu Nr. 6 (Aether, Chloroform, Essenzen, Extracte, Tincturen, überhaupt Medicamente und Chemikalien u.) hat Abg. Waplinger den von einer großen Anzahl süddeutscher Abgeordneter unterstützten Antrag gestellt, diesen Posten hier zu streichen, den Eingangszoll also bestehen zu lassen.

Abg. Waplinger motivirt diesen Antrag, ist aber verständlich bis auf die Schlüsselwörter: „Betreffen Sie die Befreiung der Chemikalien vom Eingangszolle, und Sie werden sich den Dank des Vaterlandes erwerben!“

Abg. Fabricius spricht über Glycerin; ein Bundes-Commissar antwortet ihm, beide sind unverständlich.

Abg. v. Schweizer: Die nationale Industrie wird geschädigt, wenn Rohstoffe einem Zoll unterliegen, fertige Fabrikate aber nicht. Solche Fälle kommen bei den Chemikalien vor. Es muß dies genau untersucht werden, ehe wir uns über diese Position entscheiden können.

Abg. Mohl für den Antrag Waplinger vom sehr schützollnerischen Standpunkte aus.

Bundes-Commissar Dr. Michaelis: Die vorliegende Nummer setzt die begonnene Reform fort mit Bezug auf Positionen, die einem Zollsatz früher unterworfen worden sind, ohne zu unteruchen, ob der Zoll nothwendig, gerecht, für die Industrie und den Verbrauch erträglich sei. Der Vorwurf der Inconsequenz, den ein Vorredner dem Bundesrath gemacht hat, ist ungegründet. Etwas Inconsequenz werden wir uns wohl Alle noch lange Zeit gefallen lassen müssen; denn das goldene Zeitalter kommt nicht mit einem Male; wir reformiren und verbessern so viel wie möglich; vollkommen werden wir nie werden. Alle solche und ähnliche Vorwürfe scheinen ihren letzten Grund lediglich in dem Wunsche zu haben, den Zollschutz zu conserviren; man will es nur nicht deutlich aussprechen.

Abg. v. Schöning: Nachdem die Petroleumsteuer abgeworfen ist, kann ich nicht einsehen, woher die Dedung für die durch die Zollherabsetzung entstehenden Ausfälle kommen soll; ich werde deshalb dagegen stimmen.

Abg. v. Hennig: Der Herr Vorredner scheint erheblich fälschlicher zu sein, als die Regierung. Warten wir doch ab, was die Regierung für eine Stellung dazu einnehmen wird, wenn die ganze Vorlage durchberathen ist. Warum ein Mitglied dieses Hauses nun gegen seine Ueberzeugung stimmen will, weil es in einer Frage, bei der es vielleicht besonders forciert betheiligt war, in der Minorität geblieben ist, kann ich nicht begreifen. Die Sorge für die Dedung überlassen Sie doch zunächst den verschiedenen Finanzministern der einzelnen Staaten; und seien Sie deshalb nicht so ängstlich, daß Sie deshalb Ihre eigene bessere Ueberzeugung verleugnen.

Abg. v. Wedemeyer: Wir betrachten die Vorlage der Tarifreform als ein Ganzes; für jeden Ausfall muß eine Dedung vorhanden sein. Die Sache ist sehr ernst und hat einen tiefen politischen Grund. Sie (nach links gewandt) wollen nur nicht bewilligen, weil Sie nicht für jeden Thaler einen Scheffel Machterweiterung erhalten. (Beifall und Widerspruch links.) Das mag Ihnen nicht passen, daß ich Ihnen dies sage, das habe ich vorausgesehen. Es wäre auch viel politischer gewesen, wenn Sie dies selbst ausgesprochen und nicht uns zu jagen überlassen hätten. (Auf: zur Sache! Chemikalien!) Die Folge davon ist eine Schädigung Ihrer eigenen Interessen, eine Stagnation in der Gesetzgebung. Sie werden durch solche Abstimmungen die Regierungen dazu bewegen, daß sie den Zolltarif für und fertig machen und bei der Vorlage Ihnen dann sagen: „Aeden können Sie darüber so viel Sie wollen; so wie Sie aber etwas ändern wollen, wird er zurückgegeben.“ (Gelächter. Auf: zur Sache! Chemikalien!) Damit würden Sie Ihre Macht nicht erweitern, sondern auf Null reduciren; die Verathung ist dann nur eine leere Form; dann könnten wir ruhig zu Hause bleiben. (Auf: zur Sache.) Präsident Simon macht den Redner darauf aufmerksam, daß gegenwärtig Specialdebatte über Nr. 6 (Chemikalien) stattfindet.

Abg. v. Wedemeyer erklärt, daß er nur die politischen Motive seiner Abstimmung motivirt habe. Präsident Simon: Wenn jedes Mitglied so seine Abstimmung bei jedem einzelnen Artikel motiviren wollte, so würde Alles in der Welt sich abheben lassen, nur nicht, daß diese Tarifreform zu Ende kommt. (Beifall.) Abg. v. Wedemeyer: Ich will mich der Autorität des Herrn Präsidenten nicht widersetzen und schweige deshalb. (Beifall.)

Abg. Graf Bethusy-Suc kann den Abg. v. Schöning und v. Wedemeyer nicht beitreten. Als Regierungsmitglied würde er vielleicht nach Ablehnung der Petroleumsteuer die ganze Vorlage zurückziehen; da dies aber bisher nicht der Fall gewesen, so halte er dafür, daß man den Tarif ruhig weiter verathen müsse.

Abg. Zweiten spricht sich in demselben Sinne aus und erwartet auch nicht die Zurückziehung der Vorlage seitens der Regierung. Am allerwenigsten hätten die Herren auf der Rechten die Regierung in dieser ärtlichen Weise zu bedröndeln dürfen. Ihr Verfahren führe zu einer parlamentarischen Ungeheuerlichkeit, für die es keine Bezeichnung gebe.

Bundescommissar Delbrück präcisiert die Stellung des Bundesraths dahin, daß er erst nach beendigter Verathung sich über diese Frage schlüssig machen werde. Im Voraus für gewisse Eventualitäten habe er keine Beschlüsse gefaßt.

Die Position wird gegen einen Theil der Conservativen und Süddeutschen genehmigt.

Zu Position 8, wonach auch Aiaun von jedem Zolle befreit werden soll, spricht der Abg. Stumm und hält diese Befreiung von jedem Zoll für

schädlich für die inländische Fabrication, so lange nicht auch Soda vollständig zollfrei werde. Er will beide Artikel noch eine Zeit lang demollt wissen.

Bundescommissar v. Thümmel setzt die Gründe auseinander, die zur Aufhebung des Alaunzollens geführt haben und fürchtet nicht, daß die einheimische Fabrication davon leiden werde.

Abg. Stumm bleibt bei seiner Behauptung und beruft sich dabei auf das Urtheil des Ausschusses des deutschen Handelstages, dem jedoch Abg. v. Hennig nach den bekanntesten neueren Vorgängen ein objectives Urtheil nicht zuerkennt.

Abg. Weigel als Mitglied des Ausschusses des Handelstages bedauert diese Aeußerung; das Zollparlament habe doch wahrlich kein Interesse daran, eine Institution, wie sie der deutsche Handelstag sei, zu ruiniren.

Abg. v. Hennig: Ich bin keinem hier anwesenden Mitgliede desselben zu nahe getreten. Ich behaupte nur, daß der gegenwärtige Ausschuss nur noch ein Numpfausschuss ist und Veranlassung gegeben hat, den Handelstag selbst zu sprengen.

Unterdessen hat der Abg. Sombart den Antrag, die Aufhebung des Alaunzollens in der Weise beantragt, daß er von 3 zu 3 Jahren um 5 Sgr. ermäßigt werde, zieht ihn aber wieder zurück, und die zollfreie Einfuhr des Alauns wird genehmigt.

Hinter Nummer 15 hatten die Abgg. v. Hennig und Lesse beantragt, eine Nummer betr. Robeisen, altes Bruch Eisen u. s. w. als zollfrei einzuführen, ziehen diesen Antrag aber zurück, da selbst ursprüngliche Fremde desselben auf der rechten Seite des Hauses bei ihrer gegenwärtigen Erregung ihm ihre Unterstützung entziehen zu wollen erklärt haben.

Ein Antrag des Abg. Dr. Erhardt zu Nr. 20, auch den Hopfen als zollfrei aufzunehmen, wird abgelehnt, nachdem Abg. Feustel bemerkt hat, daß so lange in Oesterreich der Zoll auf Hopfen nicht aufgehoben ist, wir es auch nicht thun können, ohne dem Ackerbau den empfindlichsten Schaden zuzufügen. — Desgleichen wird abgelehnt ein Antrag des Abg. Lienau auf Zollfreiheit für eiserne Seeschiffe, wovon Grumbrecht bemerkt, sie sei unmöglich, so lange der Zoll auf Eisen selbst noch besteht.

Derselbe Abgeordnete beantragt auch die zollfreie Einfuhr von Butter. Abg. v. Vinde: Daraus, daß die Regierung auf die weitere Discussion der übrigen Positionen eingegangen ist trotz der Ablehnung der Petroleumsteuer, nehme ich an, daß dieselbe — den gestrigen Erklärungen des Herrn Bundescommissars entgegen — einen bestimmten Beschluß über ihr weiteres Verhalten noch nicht gefaßt hat. Sobald die Regierungen aber auf weitere Verhandlungen eingehen, erfordert es doch die Achtung vor dem Parlament, daß sie ihre Stellung zu den einzelnen Anträgen darlegen.

Bundescommissar Delbrück: Hr. v. Vinde hat meine gestrigen Aeußerungen vollkommen missverstanden. Ich habe gestern auf die Consequenzen hingedeutet, welche aus sachlichen Gründen die Ablehnung der Petroleumsteuer in Bezug auf die Beschlässe der Regierungen über die Vorlage herbeiführen könnte. Ich war nicht in der Lage und habe es deshalb auch sehr wohl unterlassen, irgend eine Erklärung darüber abzugeben, was die Regierungen beschließen würden, wenn eine gewisse, heute eingetretene Eventualität eintreten würde. Ich wiederhole, ich habe gestern nichts anderes gesagt als heute. Was die Butter betrifft (Heiterkeit), so handelt es sich bei dieser nicht um ein untergeordnetes Interesse, sondern um ein größeres finanzielles Object, und mit Rücksicht auf die Bedenken gegen eine weitere Schmälerung der Einnahmen des Zollvereins kann ich nur die Ablehnung des Antrags Lienau wünschen.

Abg. Twesten glaubt, daß, nachdem Mecklenburg in den Zollverein aufgenommen, der Einfuhrzoll für Butter nur eine unbedeutende Summe ergeben werde.

Bundescommissar Delbrück: Der Antrag ist erst heute zu meiner Kenntniß gekommen. Sie werden deshalb nicht verlangen, daß ich das statistische Material zur Hand habe; so viel kann ich jedoch mittheilen, daß die Buttereinfuhr aus Oesterreich sehr beträchtlich und aus der Schweiz nicht unbedeutend ist. Die erhebliche Einfuhr aus Mecklenburg kann selbstverständlich seit dessen Eintritt in den Zollverein nicht mehr in Betracht kommen. Abg. Dr. Engel constatirt, daß die Einnahme aus der Buttereinfuhr bisher durchschnittlich pro Jahr 56,000 Thlr. betragen habe.

Der Antrag Lienau wird abgelehnt. Die übrigen Positionen des Tit. I. werden genehmigt; der Antrag v. Hennig und Lesse: Lumpen und andere Abfälle zur Papierfabrication u. s. w. wird bei der Ausfuhr frei, wird zurückgezogen.

Der Auf nach Vertagung wird um 3 1/2 Uhr laut; der Präsident fährt aber fort, da ein schriftlicher Vertagungsantrag bisher nicht vorliegt. Es folgt Tit. II. (Verzeichniß von Artikeln, die im Eingangszoll ermäßigt werden). Gegen Nr. 1 (ein- und zweidrähtiges gebleichtes oder gefärbtes Baumwollengarn, 2 Thlr.) spricht Wohl, während Hinrichsen den Zoll noch weiter bis auf 15 Silbergroschen herabzusetzen beantragt.

Bundescommissar Delbrück: Da der Antrag erst heute eingekommen ist, hat der Bundesrath ihn noch nicht in Erwägung ziehen können. Außerdem ist der Artikel noch heute der Rummelplatz des Streites zwischen Freihandel und Schutzhandel, und endlich hat er noch im letzten Jahre circa 1/2 Million eingebracht. Ob dem gegenüber der Antrag annehmbar ist, überlasse ich der Beurtheilung des Antragstellers.

Abg. v. Schlör (Waiern) bittet dringend um Ablehnung. Abg. Dr. Löwe: Alle einschlägigen Fragen sind in der öffentlichen Discussion hinlänglich erörtern. Weder wir noch die Regierung kann daher sagen, wir befinden uns in einer Art Incompetenz, weil wir unorbereitet wären, um so weniger, als namentlich bei jedem deutschen Tarife es nur zwei richtige Fragen, Garn und Eisen, giebt. Wenn Sie den Schutz für Baumwollengarn vermindern, so gefährden Sie damit dem Leinwand einen indirecten Vortheil. Wir kennen alle die Klagen darüber, wie der älteste Industriezweig Deutschlands, die Leinwandweberei heruntergekommen ist. Wohl wenige von uns sind so jung, daß sie nicht den schweren Uebergang vom Handgespinnst zum Fabrikgespinnst mitgemacht hätten. Das Capital wandte sich zu gleicher Zeit von ihm ab und legte sich auf die Baumwollweberei, weil die Baumwollweberei geschützt war und die Leinwandweberei nicht. Der letzte Grund des Herrn Delbrück ist gar nicht zutreffend. Wenn wir den Antrag annehmen, so werden sich die Einnahmen verdoppeln.

Abg. Dr. Marquardien: Kann unsere Baumwoll-Industrie das leisten, was Dr. Löwe von ihr verlangt. Ein Blick auf Süddeutschland lehrt, daß dies unmöglich ist.

Abg. Wohl: Die Hansstädte sind hier vertreten, die außerhalb des Zollvereins mit einem Fuß in England stehen. Und da sollen die Schweigen, die sich des Gewerbes ihres Vaterlandes annehmen? Die Spinnereien der Schweiz sind unter dem höchsten Schutz, dem des Continentsystems entstanden, das vergesse man nicht! Anträge, wie der von Hinrichsen, arbeiten für das Ausland, nicht für den heimischen Erwerb.

Abg. Hinrichsen nimmt als Hamburger das volle Recht in Anspruch, an den Entscheidungen dieses Hauses theilzunehmen und zieht seinen Antrag zurück.

Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus bis Freitag 10 Uhr. (Fortsetzung der heutigen L.-D., Schlußberatung über die gestern eingebrachte Vorlage.

Berlin, 20. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Steuer-Inspector und Sachfactor Kühn zu Tichitz, im Kreise Jülichau-Schwibbus, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem königlich sächsischen Hof-Schauspieler, Hofrath Emil Debrint zu Dresden, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem praktischen Arzt Dr. Becker zu Stallpöden den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, dem Schullehrer Mathes zu Gimmischnitz, im Kreise Willstall, das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Gutsjäger Carl Ferdinand Urschat zu Leinichen, im Kreise Wehlau, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; den Kirchenprocurator Hermann in Jechow und den Klosterprediger Mendtorff in Brees, sowie den Hauptpastor Jensen in Kiel und den Doctor der Rechte Schalyhäus darselbst zu Conistorial-Räthen und Mitgliedern des evangelisch-lutherischen Conistoriums in Kiel ernannt.

Die Baumeister Oberbed und Middeldorf sind zu königlichen Eisenbahn-Baumeistern ernannt und im Bezirk der Oberschlesischen Eisenbahn angestellt worden. — Der Privatdocent Lic. theol. Georg Wilhelm Herrmann Weingarten ist zum außerordentlichen Professor in der theologischen Facultät heiliger Universitäts ernannt worden.

Berlin, 19. Mai. [Se. Majestät der König] nahmen heute Vormittag den Vortrag des Generals der Infanterie und General-Adjutanten von Brauchschiff und darnach den des Geheimen Cabinetsraths von Mähler entgegen. Um 1/2 Uhr empfingen Allerhöchst-dieselben den Major Freiherrn von Quadt und Hüchtenbruck vom I. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 13, welcher die Ehre hatte, Se. Majestät die Orden seines verstorbenen Vaters, des Generals der Infanterie a. D. Febr. von Quadt und Hüchtenbruck, zurückzureichen. Um 2 Uhr ertheilten Se. Majestät dem Wirklichen Geheimen Rath von Osers und um 1/4 Uhr dem Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh Audienz.

[Ihre Majestät die Königin] empfing am 17. d. M., wie

aus Baden gemeldet wird, daselbst den Besuch Sr. Großherzoglichen Hoheit des Prinzen und Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Baden. (St.-A.)

Berlin, 20. Mai. [Schluß des Hochverrathsprozesses gegen 22 Hannoveraner. Obergerichts-Advokat Schnell fährt fort: Der Herr König Georg, so sagt der Herr Oberstaatsanwalt, kann kein anderes Interesse bei der Zusammenziehung der Mannschaften gehabt haben, als den Thron wieder einzunehmen. Das kann ich nicht als richtig anerkennen. Man hat ja viel gesagt von den Absurditäten des Königs Georg, von einem großen Hofstaat, den er in Hiesing unterhält u. s. w., warum sollte er nicht auch einige Soldaten halten, um so vor der Welt den Schein zu bewahren, daß er sich noch immer als der König von Hannover fühle. — Was nun den dritten Theil, die Ablichter der Angeklagten, betrifft, so kann ich Ihnen aus eigener Anschauung bekunden, daß man von der Legion in Hannover die verächtlichsten Wunderdinge gehört hat, und daß sich darunter auch namentlich die Anlichter und gab, der König werde durch irgend einen diplomatischen Druck wieder eingesetzt werden. Außerdem sagte man sich, daß sehr viele Bummler zur Legion abgegangen seien. Es braucht aber nicht dieses schlechte Epitheton angewendet werden, man kann auch von schlüchtern Arbeitern sprechen, die wirklich Noth hatten. Denn, Herr Präsident, es existirt Noth und Arbeitslosigkeit in Hannover, wie nie zuvor, denken Sie daran, daß in Hannover ein Hofstaat existirt, der mindestens 2 Millionen Thaler aufwande, die jetzt dem Geschäftsmann, dem Arbeiter entzogen sind. Die Fabriken arbeiten nur zeitweise. Sollten da nicht Arbeiter außerhalb Brot suchen? Der Vertheidiger plaidirt hierauf für die Freisprechung seiner Clienten, eventuell für die Annahme milderer Umstände. Er schließt mit den Worten: Herr Präsident! Man wechselt die angenehme Herrschaft nicht, wie man einen Rod mit dem andern vertauscht. Man kann die alten Erinnerungen nicht so leicht aus dem Gedächtniß bringen, wenn es auch dankbar anerkannt werden muß, daß die Regierung in der humansten Weise vorgeht, um die Pacification durchzuführen. Wenn man aber glaubt, daß man durch solche Anklagen Verführung bringen will, dann irrt man sich. Der Oberstaatsanwalt Adelung sucht die Ausführungen dieses Vertheidigers zu widerlegen, indem er darauf hinweist, daß es gerade die Anhänglichkeit an den König Georg gewesen sei, welche die Angeklagten veranlaßt hätte, den Versuch zu machen, ihm den Thron wieder zu erkämpfen. Ein solcher Umstand könne indessen wohl zur Annahme milderer Umstände führen, aber nicht zur Strafflosigkeit. — Wenn der Herr Vertheidiger gesagt habe, man könne mit der Legion von höchstens 800 Mann keine Provinz erobern, so sei dies vollkommen richtig, er habe aber auch nur gesagt, die Legion solle den Stamm einer größeren Truppenmasse bilden und im Falle eines Krieges verwendet werden. Was der Vertheidiger darüber gesagt habe, daß er (der Oberstaatsanwalt) nicht nachgewiesen habe, das Unternehmen solle wieder eröffnet werden, so wisse er auf die Worte des Offiziers hin: „aufgehoben ist nicht aufgehoben.“

Advokat Fischer: Um Wiederholungen zu vermeiden, erkläre ich zunächst, daß ich mich vollständig den Ausführungen des Herrn Obergerichts-Advokaten Schnell anschließe. Außerdem, Herr Präsident und Räte, gestatten Sie mir folgendes zu sagen: Ich denke an die Ereignisse des Jahres 1866 und die dadurch veränderten Zustände des ehemaligen Königreichs Hannover. Eine Vergleichung derselben mit den früheren fällt nicht zum Guten der gegenwärtigen Zustände aus. Ich könnte Ihnen sehr Vieles sagen von geänderten Hoffnungen und dergleichen, aber ich will eben so wenig wie mein Herr Colleague die politischen Verhältnisse besprechen und lediglich die Rechtsverhältnisse ins Auge fassen. Sie wissen Alle, Herr Präsident und Räte, daß die Rechtsverhältnisse des ehemaligen Königreichs Hannover nicht die schlechtesten gewesen sind, und ich kann hinzufügen, daß wir auch nach dieser Richtung hin nichts gewonnen haben. Daß die Erhebung dieser Anklage keineswegs dazu beitragen kann, die Fundamente der Rechtsüberzeugung zu befestigen, können Sie mir glauben. — Zu welcher Rechtschaffenheit sollen die Leute kommen, angesichts eines Processes gegen zwei und zwanzig Leute, die sehr viel weniger gethan haben, als diejenigen, welche heute straflos in die Heimath zurückkehren. Man wird mir einwenden, dies geschieht durch eine Amnestie Seiner Majestät des Königs, aber dem ist nicht so. Eine Amnestie kann in Preußen nur erlassen werden, wenn ein rechtskräftiges Urtheil erfolgt ist, und aus diesem Grunde steht diese Anklage mit der Cabinetsordre Seiner Majestät des Königs im greiflichen Widerspruch. — Die Regierung selbst steht nicht ein, daß die Leute sich durch ihren Eintritt in die Legion keines Hochverraths schuldig gemacht haben und gerade, weil sie dies einsehen, ist sie mit einer solchen Maßregel vorgegangen. — Der Blick meines ganzen engeren Vaterlandes ist heute auf diesen hohen Gerichtshof gerichtet, in der Ueberzeugung, daß er es versteht, Recht zu sprechen, denn mehr als das Recht verlange ich für meine Schicksale nicht. — Es wird den Angeklagten zur Last gelegt, sie haben sich theilnehmen wollen an der hannoverschen Legion, sie sind auf dem Wege dazu gewesen, daß sie schon in irgend ein Verhältniß zu derselben getreten sind, davon weiß die Anklage nichts und kann ja auch nichts davon wissen, weil die etwa zu schließenden Verträge ebenfals erst in Arnheim geschlossen sein würden. Der Vertheidiger geht hierauf zu dem Bodever in Betreff der einzelnen seiner Clienten über und schließt mit dem Antrage auf Freisprechung derselben.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Arnold, greift in sehr ausführlicher Weise die gegen die Angeklagten vorgebrachten Beweismittel an, die er nicht für geeignet hält, daraus eine Beurtheilung seiner Clienten herzuleiten.

Das in der heutigen Sitzung gefällte Urtheil betreffend, zu dessen Anhörung der Präsident die Angeklagten auffordert, sich von ihren Plätzen zu erheben, lautet auf Freisprechung des Angeklagten Freese und Beurtheilung der übrigen Angeklagten zur Einschließung auf je 1 Jahr, in Betreff des Schneidemeyers Howald zu 1 Jahr 3 Monaten. Die Gründe des Erkenntnisses sind folgende:

Das theilweise Geständniß der Angeklagten, verbunden mit der Beweisausnahme, namentlich durch die zur Verlesung gekommenen Schriftstücke habend ergeben, daß in Holland, speciell in Arnheim, eine größtentheils aus Hannoveranern bestehende Legion zusammengezogen worden und später nach der Schweiz und schließlich nach Frankreich überführt worden ist. Dieselbe hatte die Absicht, sich bei einem Kriege gegen Preußen zu betheiligen, in die Provinz Hannover einzufallen, dieselbe von dem gesammten Staatsgebiet loszureißen und den vormaligen König von Hannover wieder auf den Thron zu setzen. Neunzehn der Angeklagten haben sich dieser Legion anschließen wollen und sich als Leute manifestirt, welche die Absicht hatten, an der angegedeuteten Action sich zu betheiligen. Sie haben sich dadurch des Vergehens gegen § 66 des Strafgesetzbuches schuldig gemacht. Der Gerichtshof hat in dem Urtheile, daß die Leute sich noch größtentheils im Jugendalter befinden, daß sie überhaupt der Verführung unterlegen und zum größten Theile frühere Unterthanen des ehemaligen Königs von Hannover gewesen sind, dann aber auch mit Rücksicht auf die allerhöchste Cabinetsordre, welche den Legionären erlaubt, straflos in ihr Vaterland zurückzukehren, mildernde Umstände gefunden, wemgleich sich diese Cabinetsordre auch nur auf diejenigen bezieht, welche sich durch den Eintritt in die sogenannte Legion der militärischen Dienstpflicht entziehen wollten. Was die Angeklagten Ademann und Howald betrifft, so haben sich dieselben verbunden, die übrigen Angeklagten in ihrem Unternehmen, und zwar in der ausgebotensten Weise, zu unterstützen. In Bezug auf sie hat auch der Gerichtshof in Anerkennung dessen, daß auch diesen Angeklagten ein patriotisches Gefühl beigewohnt hat, mildernde Umstände angenommen, und nur in Betreff des Howald, dem doch auch zugleich die Absicht beigewohnt hat, aus dem Unternehmen Gewinn zu ziehen, die Strafe um drei Monate verkürzt. Gegen Freese sind die gegenwärtigen Beweise für seine Schuld nicht beigebracht worden, weshalb auf seine Freisprechung erkannt werden mußte.

Berlin, 21. Mai. [Das Festsessen zu Ehren des Zollparlamentes.] Heute Mittag fand in der neuen Börse das Festessen der Mitglieder der Kaufmannschaft für die Mitglieder des Zollbundesraths und des Zollparlamentes veranstaltet worden war. Zwischen 4—500 Anwesende füllten die statlichen Räume, welche durch einen reichen Blumen Schmuck eine herrliche Fierde erhalten hatten. Das Comite empfing die Gäste in dem Saale, in welchem die Producten-Börse abgehalten wird und geleitete sie etwa um 12 1/2 Uhr unter den Klängen des Festmarsches aus dem Tannhäuser, den die Berliner Symphonie-Kapelle unter Leitung des Prof. Stern ausführte, in den Saal der Fondsbörse. Hier ließ sich die Gesellschaft an kleinen Tischen nieder, um ein Dejeuner der ausgezeichneten Speisen und der erlesenen Weine entgegenzunehmen, welche auf einem Buffet an der Quermwand aufgestellt waren und von dort aus servirt wurden. Ungefähr in der Mitte des Saales bemerkte man an einem Tische den Grafen Bismarck, ihm gegenüber den bairischen Ministerpräsidenten, Fürsten Hohenlohe, die Gesandten Baierns, Baron Perglas, Württembergs, Baron Spitzemberg und Badens,

v. Fürkheim, den Finanzminister v. d. Heydt und den Abg. von Arnim-Kröckendorf. Am nächsten Tische saßen der Präsident Delbrück und fast alle Mitglieder des Bundesraths, der Abg. General v. Steinmeß neben dem General v. Pobjelski, in der Nähe saßen an einem Tische zusammen: Der Justizminister a. D. und Abg. v. Bernuth, der Seehandlungspräsident Camphausen, die Generale Moltke, Vogel v. Falckenstein, der frühere Finanzminister v. Bodelschwing. Die Anwesenden, unter denen viele Angehörige der Finanzwelt, Vertreter der Presse u. s. w. sich befanden, placirten sich ganz nach Belieben; wir bemerkten unter Anderen auch den Chef des Telegraphenwesens Obersten v. Chauvin. Von den Mitgliedern des Zollparlamentes mag kaum der dritte Theil gefehlt haben, alle Fractionen und Landmannschaften waren vertreten, von den süddeutschen Particularisten fehlten nur die Galtaños, wie Moriz Mohl und Genossen. — Den ersten Trinkspruch brachte der Banquier Victor v. Magnus auf den König von Preußen, den Monarchen des Landes, von welchem die Gründung des Zollvereins ausgegangen, den Veruser des deutschen Zollparlamentes, von welchem dem deutschen Handel ein neues Morgenroth ausgehen soll. „Dem Könige von Preußen“, schloß der Redner — „und den Fürsten der Zollvereinsstaaten gelte unser erstes Glas.“ — Das zweite Hoch brachte der Dr. Siemens den Mitgliedern des Zollbundesraths und des Zollparlamentes. Darauf erwiderte der Präsident Simson etwa folgendes: „Gestatten Sie mir, m. H., im Namen meiner Collegen die beredte und freundliche Begrüßung zu erwidern und damit den lebhaft empfundenen Dank für die uns gewordene Einladung zu verbinden. — Das Volk der nordöstlichen Marken unseres Vaterlandes hat in stiller ernster Arbeit dem kargen Boden Segnungen abgemonnen, und dem Handel und der Industrie Stätten gegründet, die nirgends herrlicher und wundervoller aus entgegneten als in dieser großen Stadt. Ihr preußischer, das heißt deutscher Handel, ihr preußischer, das ist deutscher Gewerbesinn, weitest mit dem jedes Plages der Erde und seine innere Bedeutung trifft uns nirgends entschiedener entgegen als in diesen herrlichen, kunstgeschmückten Räumen, in denen sie sich täglich versammeln zu ernster Arbeit, sie bekunden die alte Wahrheit, daß kein Stand als solcher so viel gethan hat, als der Stand, der sich mit materiellen Interessen beschäftigt. Das Zollparlament ist zur Pflege der wirtschaftlichen Interessen der Nation berufen; Niemand kann weisagen, wann seine Schranken sich erweitern werden zu weiterreichenden Aufgaben und Zielen Gottes Zeiten sind kein Geheimniß! Aber in aller dieser Beschränkung ist das Zollparlament sich bewußt, den ewigen Ideen zu dienen, welche die materiellen Interessen durchleuchten, durchgeistigen, verklären (lebhafter Beifall) den Aufgaben für das Gesamt Vaterland, in dessen einem Interesse, alle Interessen zusammentreffen müssen. (lebhafter Beifall.) In diesem Sinne, lassen Sie uns die Gläser füllen, mein Hoch gilt den Trägern des Handels und Gewerbestandes der Stadt Berlin, seinem Heil und seiner Blüthe!“ Die Versammlung nahm den Trinkspruch enthusiastisch auf. Gleich darauf erhob sich Graf Bismarck und brachte einen Trinkspruch etwa in folgenden Worten aus: „Wenn ich den, soeben gebrachten Toast meines verehrten Collegen, des Vorsitzenden des Zollparlamentes nicht ganz von einem gewissen Egoismus fern weiß, indem er eine Captatio benevolentiae an die Jury richtete, die nachher über uns zu Gericht sitzen und sagen soll, Ihr habt Eure Sache gut gemacht; wenn ich mich von dieser Klippe fernhalten soll, so lassen Sie mich dem Gefühle Ausdruck geben, welches uns dahin führt, unseren süddeutschen Brüdern einen Scheidegruß zuzurufen. Die kurze Zeit unseres Beisammenseins ist rasch vergangen, wie ein Frühlingstag, möge denn auch die Nachwirkung sein, wie die des Frühlings auf die künftige Zeit. Mögen sie im Glauben an die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß sie Brüderherzen und Bruderhände hier finden für jegliche Lage des Lebens (stürmischer Beifall), möge jedes erneute Beisammensein dies Verhältniß stärken! (Beifall.) Lassen Sie uns ferner das materielle Wohl, das Familienleben pflegen und fördern und in diesem Sinne den süddeutschen Brüdern ein herzlich auf Wiedersehen zuzurufen!“ Stürmischer Hoch und Beifallruf folgte diesen Worten. — Unmittelbar darauf brachte der bairische Minister-Präsident Fürst Hohenlohe folgenden Toast aus: „Die Begeisterung, welche die Worte des Bundeskanzlers in den Herzen der Süddeutschen hervorgerufen haben, mag Ihnen beweisen, daß eine Annäherung zwischen Sid und Nord stattgefunden hat, welche nicht vermindert, sondern vermehrt worden ist durch die Arbeit des Zollparlamentes. Ich glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, die Arbeit deutschen Geistes hat das Band der Stämme enger geschlossen. (Beifall.) Diesem Verständniß deutschen Geistes ist eine Mission zu Theil geworden, edler, herrlicher und höher als andere sogenannte civilisatorische Missionen. (Stürmischer Beifall.) Lassen Sie uns diesen Geist, lassen Sie uns in dieser Mission zusammenhalten, und in diesem Sinne bringe ich ein Hoch der Vereinigung der deutschen Stämme! Die Versammlung nahm auch dies Hoch mit enthusiastischem Jubel auf. Als nächster Redner erhob sich der Abg. Böck: Ich weiß — begann er — wohl eigentlich nicht, woher ich die Berechtigung nehmen soll, im Namen der Süddeutschen zu Ihnen zu sprechen; aber ich nehme mit diese Berechtigung um so mehr, als ich nach den eben gebrachten Worten des Bundeskanzlers und des bairischen Ministerpräsidenten möchte, daß auch im Namen des süddeutschen Volkes zu Ihnen gesprochen würde. Ich glaube, daß ich, wenn ich von Einzelheiten und Schranken absehe, sagen darf, daß wir freudig die Bruderhand annehmen, die Sie uns darbieten. (Beifall.) Nach Allem, was vorgegangen, hat das seine volle Berechtigung; es lebt kein Widerwille, keine leidenschaftliche Abstosung unter den deutschen Stämmen und das, was hinwegzuräumen ist, das ist Vorurtheil, Mißverständnis, Irrthum! (Beifall.) Wo in Deutschland redliche Männer gegenüberstehen, da geht sie auch Hand in Hand den großen Zielen des deutschen Staates entgegen, an dessen Herstellung wir arbeiten. (Beifall.) Die Nation braucht den Staat, den Körper, für den ihre Organe die Seele schaffen. Lassen Sie uns denn die verschiedenen Glieder zusammenschaffen zu diesem Werk. Es wird das nicht erlangen, sondern erarbeitet (Beifall), und wenn das Zollparlament auch nur einen Tag dieser Arbeit vollbracht hat, so sei es gelegnet! Die anderen Tage werden sich anreihen. Auch aus Säden, aus Schwaben löst herüber; wir wollen erst mitarbeiten an der Herstellung des Reiches, an seiner Kraft und Größe. Auf diese, auf die Zukunft und die Größe des deutschen Reiches lassen Sie uns trinken, es lebe hoch! — Den letzten Trinkspruch brachte der Abgeordnete Marquart Barth in etwa folgenden Worten aus: „Wir in Süddeutschland haben unter den Ereignissen der letzten Jahre schwer gelitten, wir waren im Kriege mit dem Norden, das haben wir schmerzlich empfunden, wir hatten auch unter den Nachwirkungen zu leiden. Aber diejenigen, welche sich mit der Politik länger beschäftigt haben, mußten aus diesem Kriege große Folgen für Deutschlands Zukunft erwarten. Wir haben auch erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hatte. (Stürmischer Beifall.) Wie man dies auch auslegen mag, ich erblicke in diesem Mann den Grafen Bismarck, ihm sei dies Glas geweiht, er lebe hoch! Die Versammlung nahm

diesen Trinkspruch mit endlosem Jubel auf, und Graf Bismarck hatte... Gegen 3 Uhr erhob sich die Gesellschaft und erging sich meist in dem angrenzenden Hofe der sogenannten Sommerböde.

[In Rücksicht auf die eingetretene Erweiterung der Armee] ist dem „M.-Wochenbl.“ zufolge, mittels Allerhöchster Cabinets-Dreie vom 30. v. M. genehmigt worden, daß fortan alljährlich bei acht Armeecorps Generalstabs-Übungsreisen stattfinden und daß in diesem Jahre die qu. Reisen bei dem 1., 3., 4., 6., 7., 9., 10. und 11. Armeecorps abgehalten werden.

[Der bisherige preussische Gesandte von Rehsues in Peking] ist am 12. v. M. dafelbst von dem Prinzen Kung empfangen worden und hat sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter des norddeutschen Bundes überreicht.

Schwerin, 21. Mai. [Die Regierung] des Großherzogthums hat beim Zollbundesrath — in Gemäßheit der für den Eintritt in den norddeutschen Bund gestellten Bedingung — die Gewährung einer Entschädigung für den Wegfall des auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn erhobenen Transitzolls beantragt.

Kiel, 20. Mai. [Marine.] Nach den beim Obercommande der Marine eingegangenen Nachrichten, ist Sr. Maj. Schiff „Niobe“ am 18. Mai von England nach Kiel in See gegangen.

Hamburg, 20. Mai. [Der Juristentag.] Der „Hamburger Correspondent“ schreibt: Der ständige Ausschuss des Juristentages hat beschlossen, den diesjährigen Juristentag in Hamburg abzuhalten. Der Ausschuss hat bereits eine Anfrage deshalb nach hier ergehen lassen, welche zweifelsohne bejaht werden wird.

Dresden, 20. Mai. [Die zweite Kammer] hat in ihrer heutigen Sitzung ihre früheren Beschlüsse betreffs der Wahlgesetzvorlage, welche mit denen der ersten Kammer differirten, in allen wesentlichen Punkten aufrecht erhalten. Es tritt nunmehr das Vereinigungsverfahren ein.

Frankfurt, 19. Mai. [Preszproceß.] In heutiger Sitzung der Strafkammer wurde eine Anklage auf Grund des § 101 des Strafgesetzbuchs gegen den verantwortlichen Redacteur unseres Blattes verhandelt. Incriminirt ist die Nr. 118 des „Frankfurter Journals“ wegen eines in der Uebersicht enthaltenen, theilweise aus der „Neuen freien Presse“ entlehnten Artikels, „die Affaire Trabert“. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete auf eine Geldbuße von 50 Fl. (Fr. 3.)

München, 16. Mai. [Die neue Armee-Formation.] Nach der eben erschienenen königlichen Verordnung vom 10. d. über die Formation der activen Armee formirt sich jedes der 12 Infanterie-Regimenter in 3 Bataillone, bez. 12 Compagnien zu je 138 Mann; jedes der 10 Jägerbataillone (darunter zwei neue in Passau und Waidhausen) in 4 Compagnien zu gleichfalls 138 Mann; jedes der 2 Kürassier-, der 6 Chevaulegers- und der 2 Ulanen-Regimenter in 5 Escadrons zu 137 Mann und 125 Pferden; jedes der 4 Artillerie-Regimenter in 8 Feldbatterien, wovon beim 2. und 3. Artillerie-Regiment je 2 reitende, 5 Fußbatterien und 1 Fußwelenescadron, jede Vierfüßler-reitende Feldbatterie zu 6 Geschützen 131 Mann mit 102 Pferden, jede Vier- oder Sechsfüßler-fahrende Feldbatterie zu 6 Geschützen 90 Mann mit 54 Pferden, jede Fuß- (Park- oder Festungs-) Batterie 88 Mann stark mit 62 Pferden, jede Fußwelenescadron 216 Mann stark mit 62 Pferden. Die Cavalerie-Compagnie (1 Hauptmann, 2 Ober- und 2 Unterlieutenants und 1 Unterquartiermeister) ist 163, die Feuerwerks-Compagnie (besgl.) 114 Mann stark. Das Geniemerier formirt sich in 2 Feldgeniedivisionen zu je 3 Feldcompagnien, in 4 Festungs-Geniecompagnien und 1 Fußwelenescadron, die Feldcompagnie zu 106, die Festungscompagnie zu 90 und die Fußwelenescadron 141 Mann (29 Pferde). Jede der 4 Sanitätscompagnien zählt einschließl. der Krankenwärterabtheilung von je 48 Mann 149, und jede der 6 Verpflegungsabtheilungen 48 Mann. Damit im Zusammenhang stehen mehrere Dislocationen der Artillerie. Sämmtliche 4 Artillerie-Regimenter zählen 4 reitende, 28 fahrende, 4 Fuß- (Park-), 16 Festungsbatterien und 4 Fußwelenescadronen, also 5668 Mann mit 3408 Pferden. Die Infanterie zählt 19,872 Mann, die Jägerbataillone 5520, die Cavallerie 6850 Mann mit 6250 Pferden, das Geniemerier 1137 Mann mit 29 Pferden, die Sanitätsabtheilungen sind 788, die Verpflegungssoldaten 288 Mann. Die gesammte Armee zählt somit 40,123 Mann mit 9687 Pferden auf dem normalmäßigen Friedensstande und ohne Officiere. (N. Fr. B.)

Stuttgart, 19. Mai. [Rundschreiben.] Das geschäftsleitende Comité der deutschen Partei hat an die Mitglieder der Partei ein Rundschreiben ergehen lassen, worin die Anschauungen des Comité's über die Parlamentsverhandlungen vom 1. Mai wiedergegeben sind. In diesem Actenstücke, das in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben werden wird, heißt es:

„Wir haben die Genußnahme, daß die vorgebrachten Beschwerden vollständig den beabsichtigten Erfolg hatten. Die Beschwerde wegen der wider das Gesetz bestehenden Beschränkungen des Wahlrechts wurde vom Parlament für so erheblich gehalten, daß es mit großer Mehrheit den Beschluß faßte: an den Vorstehenden des Zollbundesraths das Gesuch zu stellen, darauf hinzuwirken, daß in Württemberg künftig eine dem Reichswahlgesetz entsprechende Ausübung der Wahlen veranlaßt werde. Was die anderen Punkte der Eingabe an das Zollparlament betrifft, so konnten die vorgebrachten Thatsachen — einige unwesentliche Einzelheiten abgesehen — von den Vertretern unserer Regierung selbst nicht in Abrede gestellt werden und die verbundene Definitivität, welche denselben gegeben worden ist, mag hinreichen, ihre Wiederholung zu verhindern.“

Uebergend zu dem auffälligen Auftreten der Herren v. Mittnacht und Varnbüler heißt es dann weiter:

„Daß die Herren Minister im Eifer ihrer Vertheidigung die Farben etwas lebhaft aufzutragen und namentlich ihrer Erregung gegen die „Schw. Volkszeitung“ in einer Weise nachgaben, die sich nicht immer auf der Linie des Thatsächlichen zu halten vermochten, finden wir erklärlich. Wenn Herr v. Mittnacht sich der gegen die genannte Zeitung intendirten Preszproceße — an deren Wählungen jedenfalls der Staatsanwalt nicht die Schuld trägt — nicht mehr recht erinnern zu wollen schien, wenn Herr v. Varnbüler in der Zahl der Abnommenen dieser Zeitung sich ganz übermäßig verrecknete, wenn Artikel dieser Zeitung vom Juli 1866 eine Partei zur Last gelegt werden wollten, welche zu jener Zeit noch gar nicht existierte, so messen wir derlei Dingen wenig Gewicht bei. Wir müssen es den Herren Ministern überlassen, welche Mittel sie für ihre Vertheidigung für angemessen halten wollten. Mit Enttäunen aber haben wir von den leidenschaftlichen Ausfällen Kenntniß genommen, welche bei diesem Anlaß gegen die Bestrebungen der deutschen Partei im Allgemeinen gerichtet wurden. Dieselben haben uns allerdings die tapfere und wirkliche Vertheidigung unserer Parteigenossen

im Parlament eingetragten, denen wir uns zu lebhaftem Danke hierfür verpflichtet fühlen. Aber he haben uns leider davon überzeugt, daß die leidenschaftliche Bitterkeit, welche den Wahlkampf beherrschte, auf Seite der Gegner auch nach demselben in gleicher Weise fortdauert. Wir hatten uns der Hoffnung hingeeben, daß mit dem Augenblick, da auch die Abgeordneten unseres Landes an den Beratungen einer gesammteutschen Volksvertretung Antheil nahmen, die Wiederkehr einer verständlicheren Stimmung nicht allein von selbst sich einstellen, sondern insbesondere auch von der künftl. Staatsregierung gewünscht und gefördert werden würde. Wir sehen unsere Erwartungen getäuscht. Wir sind gegenwärtig von Angriffen gewesen, welche nur darauf gegründet sind, daß uns Absichten untergeschoben werden, die wir nicht als die unsrigen zu erkennen vermögen.“

Zum Schlusse heißt es dann endlich: „Dabei wahren wir uns das Recht, in dem Zustande, den diese Verträge (mit Preußen) für jetzt geschaffen haben, noch nicht eine befriedigende und endgiltige Ordnung der deutschen Dinge zu erblicken. Im Interesse unserer engeren Heimath wünschen wir, daß wir durch die Erweiterung und Ausbildung der bestehenden Institutionen und nicht auf dem Wege des Umsturzes und der Gewalt zum Ziele der Einigung Deutschlands gelangen. Das es erreicht werden wird, zweifelt Niemand. Das es möglichst schonend und durch freiwillige Handreichung aller deutschen Stämme erreicht werde, darauf ist das Bestreben unserer Partei gerichtet, welche sich bewußt ist, damit ebenso die Interessen unseres Württembergs zu vertreten, wie die des großen Vaterlandes.“

Stuttgart, 20. Mai. [Zur Debatte im Zollparlament.] Ein officieller Artikel des „Staatsanzeigers“ bepricht die Debatte des Zollparlaments über den Bamberger'schen Antrag und bemerkt, die Compensirung des Zollparlaments hätte in jenem Falle von Seiten der süddeutschen Abgeordneten nicht bestritten werden sollen. Dadurch wäre den Nationalliberalen Gelegenheit gegeben, die erwünschte politische Discussion herbeizuführen.

Wfäffingen bei Dürheim, 17. Mai. [Sob. Fib. f.] Gestern verstarb Johannes Fib, der Dichter und Bannerträger des Hambacher Festes im nahezu vollendeten 77. Jahre eines aufopfernden Lebens. In Staat und Kirche, in Gemeinde und Schule von frühester Jugend an im besten Sinne thätig, blieb er bis an sein Ende mit seinem klaren Geiste dem edelsten Willen treu.

Oesterreich.

Wien, 20. Mai, Abends. [Der Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses] nahm die Anträge des Subcomité's bezüglich der Staatsschuld-Convertirung und Besteuerung der Lotteriegewinne an. Bei letzteren wurde für Staatslotteriegewinne ein 25procentiger, für Privatlotteriegewinne ein 15procentiger Abzug beschlossen. Vanhans meldete ein Minoritätsvotum an, bezüglich der Convertirung bloß eine 20procentige, bei steuerfreien eine 13procentige Steuer und bezüglich der Staatslotteriegewinne bloß eine 20procentige Steuer zu beantragen.

Wien, 20. Mai. [Budget. — Vom Hofe.] Der Budget-Ausschuß des Abgeordnetenhauses nahm in heutiger Sitzung die Anträge des Subcomité's bezüglich der Staatsschulden-Convertirung und Besteuerung der Lotteriegewinne an. Bei der letzteren Position wurde beschlossen, daß bei Staatslotterie-Gewinnen 25 Procent, bei Gewinnen in Privat-Lotterien 15 Procent in Abzug zu bringen sind. — Wie die „Debatte“ meldet, ist der Kronprinz von Dänemark auf der Rückkehr aus dem Orient gestern hier eingetroffen. Der Prinz machte dem Kaiser einen Besuch, welchen derselbe alsbald erwiderte. Gestern Nachmittag ist der Prinz nach Frankfurt weitergereist.

g Aus Galizien, 17. Mai. [Geheime Gesellschaft in Lemberg und Krakau. — Durchzug böhmischer Auswanderer nach Rußland.] Seit einiger Zeit gehen hier ganz sonderbare Gerüchte. Es heißt nämlich: es habe sich in Lemberg und Krakau seitens der Polen eine geheime Gesellschaft unter dem Titel „Liga polska“ organisiert, welche nebst der Kräftigung des polnischen Elements in Galizien auch die Initiative bezüglich einer Bewegung in dem benachbarten Rußisch-Polen ergreifen will. Wie es weiter heißt, sollen die Mitglieder der „Liga polska“ sich auch verpflichten, nur mit Gesinnungsgenossen zu verkehren, den Umgang mit Deutschen und Ruthenen zu vermeiden und nur dann deutsch zu sprechen, wenn es ihre Berufsgeschäfte absolut erfordern. Die „Liga polska“ soll demokratischen Grundfägen huldigen und größtentheils aus Advokaten, Gymnasiallehrern, Studenten, Kaufleuten und Stadtbürgern bestehen, unter denen seit einiger Zeit in der That eine anfällige Zurückhaltung gegen Deutsche sich bemerkbar macht. Mit dieser eigenthümlichen Nachricht scheint auch eine jüngst vom „Dziennik Warszawski“ gebrachte Notiz in Verbindung zu stehen, die gemeldet, es werde in Lemberg unter dem Titel „Konfederat“ ein geheimes revolutionäres polnisches Journal gedruckt, welches „alle Polen auffordere zur Wiederherstellung ihres Vaterlandes ihre Gesamtkraft aufzubieten“. Wie dem auch sei, der feinere Beobachter fühlt es hier unschwer heraus, daß unter der polnischen Nationalpartei — zumal unter der demokratischen — eine gewisse Bewegung herrsche, die selbstverständlich nur für Polen schwärmt, und für den Bestand Oesterreichs in sehr geringem Maße begeistert. — Borgestern langte in Tarnow ein langer Wagenzug böhmischer Auswanderer an, die über Lemberg, Czernowitz durch Rußisch-Podolien nach der Krim sich begeben, wo seitens der russischen Regierung den Emigranten, die ausschließlich aus Pandenteuten bestehen, ziemlich bedeutender von jeder Besteuerung befreiter Grundbesitz angewiesen worden. Der Zug bestand aus 17 Familien, welche eine Gesamtzahl von 79 Personen repräsentiren, worunter auch fünf Männer sich befinden, die schon mehrere Jahre in der Krim als Colonisten anständig, deren Verhältnisse übereinstimmend als sehr günstig geschildert werden. Fünf Colonisten sind nur deshalb nach Böhmen zurückgekehrt, um ihre dort zurückgelassenen Verwandten und Freunde zur Auswanderung nach der Krim zu bewegen, wo im Vergleich zu österreichischen Verhältnissen zumal drei Dinge von großem Vortheil sind, d. h. die Steuerfreiheit des Bodens, die Raschheit des Produktabfahrs nach Odessa und die große Billigkeit der Lebensmittel und sonstiger Bedürfnisse. Von Czernowitz geht, wie schon erwähnt, die Reise durch Podolien über Nikolajew und Perekop nach der Krim, und sobald die Auswanderer auf russischem Boden angelangt, werden sie von den dortigen Behörden in jeder Weise unterstützt. Im Laufe der Monate Juni und Juli werden aus Böhmen — zumal aus der Gegend Chrudim's, Gzaskaus und Rollins — weitere Auswandererzüge nach der Krim abgehen, wo also, wie es scheint, die böhmische Colonie sich immer mehr vergrößert.

Rußland.

Warschau, 17. Mai [Zur Tagesgeschichte.] In unserem letzten Briefe sprachen wir von 6,000,000 Silber-Rubel, welche die Städte des Königreichs als ihr Eigenthum in der hiesigen Bank liegen hatten, aus denen die Städte zu Meliorationen jedesmal Vorschüsse erhielten, und daß diese Summen seit 3 Jahren von unseren Reformen-Fabrikanten so gänzlich verausgabt wurden, daß die Baulichkeiten der Städte jetzt dem sicheren Verfall entgegen gehen. Wir haben noch hinzuzufügen, daß außerdem die städtische Kasse Warschau's einen Reservefond von beinahe 1/2 Million Rubel hatte, und daß man eben im Begriffe war, dieses Geld dazu zu benutzen, die Stadt mit einem Kanalsystem zu versehen, da wurde das Regulirungs-Comité auf diese Summe aufmerksam und befahl, das Geld nicht zur Kanalisation zu verwenden, sondern — dem Finanzministerium in Petersburg anzuliefern. — Ein Befehl aus Petersburg entleidet das

hiesige Theater seines officiellen Charakters, und ordnet an, daß Gebäude und Utensilien an Privatunternehmer verpachtet werden sollen. Die feitherrige Unterstützung des Theaters von Seiten des Staats und der Stadt fällt weg, und der polnischen Kunst ist damit der Todesstoß versezt. — Die Privatführung des Theaters in diesem Augenblicke ist wegen noch eines Umstandes bemerkenswerth: Es ist nämlich bei Gelegenheit der erst vor ein paar Monaten decretirten Annullirung des Königreichs Polen in das Kaiserreich ein Verzeichniß der dem Statthalter hier noch verbleibenden Attribute bekannt gemacht worden, und eine der wenigen, durchgehends sehr unwesentlichen Attribute, ist auch die Leitung des Theaters. Nun kommt jetzt, nachdem Graf Bergkaum Petersburg verlassen hat, hinterher eine Bestimmung, welche dieses Attribut gegenstandslos macht. Liegt es nicht klar auf der Hand, daß die Ultrapartei in Petersburg in ihrer Allmacht Alles anwendet, um ihren Antagonisten nach und nach jede Wirksamkeit zu entziehen. — Von dem Kreis-Chef von Miendzyrzec haben wir neuerdings einen genialen Streich zu notiren. Einem Bürger in Miendzyrzec, der die Gewohnheit hatte, seine Blumentöpfe nicht an die Fenster, sondern auf einem Tische im Zimmer aufzustellen, belegte er für diese Abweichung von der Sitte mit einer Strafe von 10 S.-Rub. — Aus der Gegend von Blasa wird uns mitgetheilt, daß dort wiederum eine große Anzahl Bauern eingekerkert ist, weil sie sich weigerten, vor den ihnen octroyirten Geistlichen, als vor russischen Popen, zu beichten.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 19. Mai. In Folge königlicher Anordnung wird der Kronprinz von jetzt ab regelmäßig den Ministerconsell beizubohnen.

Florenz, 20. Mai. Die Schlussabstimmung über das Wahlsteuergesetz wird wahrscheinlich am Sonnabend stattfinden; die Annahme des Gesetzes gilt in parlamentarischen Kreisen für noch nicht gesichert. Die Deputirten werden sich an der Berathung der Finanzgesetze sehr zahlreich betheiligen. In neuester Zeit sind wiederholt Gerüchte über eine Ministerkrise aufgetreten.

Florenz, 21. Mai, Abends. Die Deputirtenkammer nahm folgende Regierungsvorlagen an: Besteuerung der Regierungs-Concessionen mit 240 gegen 136, Stempel- und Enregistriements-Steuer mit 232 gegen 143, Maßsteuer mit 219 gegen 152 Stimmen.

Paris, 20. Mai. Der Kaiser wird sich auf eine Einladung des Gemeinderaths von Rouen am 31. d. M. zu einem kurzen Aufenthalt nach Rouen begeben. Anfang Juli werden Kaiser und Kaiserin gutem Vernehmen nach die Ausstellung in Havre besuchen.

Paris, 20. Mai. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde der Bericht über den Gesandtschaftsbericht bezüglich der Privattelegraphie niedergelegt. Im Laufe der Diskussion sprach Rouher zu Gunsten der Acquis à caution.

Einer Mittheilung der „Patrie“ zufolge ist die Mission der Fregatte „Panama“ nach Marocco, welche für die Ermordung eines französischen Unterhans Gemuthung fordern sollte, vollständig gescheitert. Auf Befehl des Kaisers von Marocco sind die Mordbrenner enthaupet worden.

„Etendard“ versichert, daß die Differenzen zwischen Frankreich und Tunis auf dem Punkte stehen, ausgeglichen zu werden.

Paris, 20. Mai. Gesetzgebender Körper. Fortsetzung. Rouher sagte über die Acquis à caution: Diese Frage werde von der Regierung wohl erwogen. Die Regierung werde suchen, alle Interessen zu befriedigen, aber man dürfe in dieser Frage nicht das Prinzip einer gleichartigen Behandlung aufstellen, da sonst die Wohlthaten zeitweiliger Zugeständnisse, welche für die nationale Arbeit nothwendig seien, aufgehoben würden. Rouher führte an, die Vollproduction habe seit dem Jahre 1860 um 90 Procent zugenommen; England habe nach Frankreich 659 Millionen eingeführt, während Frankreich nach den europäischen Märkten 1153 Millionen ausgeführt habe. Frankreich habe 700 Millionen mehr als England exportirt und sei nur gegen den Orient zurückgeblieben. Rouher führt aus, die Krise sei durch ein Uebermaß in der Production und eine Verminderung des Consums herbeigeführt worden; sie sei jedoch im Abnehmen begriffen. Der Staatsminister schließt seine Rede, indem er sagt, die Regierung werde von dem Handelsvertrage nicht zurücktreten, sie wolle nicht zurückweichen, sondern auf liberaler Bahn in gemäßigtem Schritte vorgehen. Es gäbe zwei Wege, um Avarie festzustellen, der eine sei ein Handelsvertrage, der andere das legislative Votum; die Regierung erkläre jedoch, ihre Absicht gehe dahin, wenn Reformen nothwendig seien, künftig auf die Kammer zu recurriren. Die Regierung sei entschlossen, mit Festigkeit auf der Bahn des Fortschritts zu beharren; aller Widerstand werde bald beseitigt werden und die Handelsfreiheit die Größe des Landes bestelligen. Nach einer Rede Jules Simon's für den Handelsvertrag und einigen ausgeführten Bemerkungen zwischen Rouher und Thiers wurde der Antrag auf Tagesordnung angenommen. — Auf die Bemerkung Desrochers, die Erklärung Rouher's sei nicht klar, erwiderte letzterer, die Regierung halte an ihrem verfassungsmäßigen Rechte, Handelsverträge abzuschließen, fest, sie werde jedoch wegen der Tarife die Beihilfe der Kammer in Anspruch nehmen.

Im Senate wurde die Diskussion über die Petition Giraud's, betreffend die Lebrfreiheit, fortgesetzt. An der Debatte theilnahmen sich u. A. die Cardinale Donnet und Bonnefose. Der Unterrichtsminister Duruy unterbrach dieselben mehrere Male, um gegen ihre Auslassungen bezüglich des Materialismus des höheren Unterrichtswesens zu protestiren. Die Diskussion wird nächsten Freitag fortgesetzt.

Kopenhagen, 20. Mai. Der Reichstag ist heute vom Consells-Präsidenten Grafen Friis geschlossen worden.

Triest, 21. Mai. Aus Alexandria wird vom 16. v. M. gemeldet, daß der Vicekönig aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach Europa unternommen wird. Scherif-Bacha wird inzwischen die Regentschaft führen.

London, 21. Mai. Unterhans. Disraeli empfiehlt, das Votum über den Antrag Bowerie's nochmals in Erwägung zu ziehen, da nur eine geringe Zahl von Mitgliedern an der Abstimmung Theil genommen habe, und letztere auch von Einzelnen nicht richtig aufgefaßt worden sei. Die Regierung, erklärte der Premier, werde das Armengesetz für Schottland ändern, um in das Wahlrecht eine Erleichterung zu bringen. Bright bekämpfte die Ansicht Disraeli's und hielt daran fest, daß die Abstimmung ordnungsmäßig erfolgt sei.

London, 21. Mai. Disraeli soll nicht abgeneigt sein, sich mit einem neuen von Baxter einzubringenden Amendement, welches das erste von dem Parlament gegen die Regierung angenommene modificirt, einverstanden zu erklären. Man glaubt, daß die bei der schottischen Reformbill ausgebrochene Krise hierdurch beseitigt werden dürfte.

Konstantinopel, 20. Mai. Der bisherige Gouverneur des Libanon, Duoud, ist zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Agathon, ernannt. Die Ernennung ist officiell noch nicht erfolgt.

Konstantinopel, 21. Mai. Der Scheich-ul-Islam, von den Ulema bealeitet, und die Vorsteher der hiesigen christlichen Gemeinden haben dem Sultan eine Danladresse für die bei Eröffnung des Staatsrathes gehaltenen Rede überreicht.

London, 20. Mai. Der Proceß gegen den früheren Gouverneur von Jamaica, Eyre, ist vor die Queen's bench verwiesen. Eyre hat als Caution für sein Erscheinen vor Gericht 1000 Pfd. St. hinterlegen müssen. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurden mehrere Paragraphen der Libellbill „Vigilant's“ erledigt.

London, 21. Mai. Die „Morning-Post“ sagt, es sei sicher, daß das Ministerium nicht zurücktreten werde. Diejenigen, welche die Regierung und die Abwesenheit der Königin tadeln, hätten wohl annehmen können, daß die gegenwärtige Lage der öffentlichen Angelegenheiten in ihrer ganzen Wichtigkeit von dem Premierminister vorausgesehen sei und daß von demselben schon vor der Abreise der Königin die nothwendigen Anordnungen getroffen seien. Die Auflösung des Unterhauses werde durch einen Compromiß abgewendet werden. (T. B. f. N.)

Paris, 20. Mai. Die von der türkischen Behörde nach Samsum im Paschalik von Sivas (Anatolien) internirten sicherheitsförmigen Auswanderer haben sich empört, ihre wegen Kubestörung inhaftirten Landsleute befreit

und der christlichen Bevölkerung gegenüber eine drohende Stellung angenommen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 19. Mai. [Schwurgericht.] Die Staatsanwaltschaft vertrat Ger. Assessor Hedemann. Die Verteidigung führte Rechts-Anwalt Freund.

Die erste Verhandlung war ohne Interesse; sie betraf Diebstahl resp. Hehlerei und endete mit der Verurteilung, der beiden Angeklagten und zwar des Tagearbeiters Paul Siegmund zu 2 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht und des Einliegers Friedrich Dunka zu 1 Monat Gefängnis und den entsprechenden beiden Ehrenstrafen.

Die zweite Verhandlung betraf vorläufige Brandstiftung glücklicherweise nicht mit totraugigem Ausgang, als die gestern verhandelte. Ein Mensch hatte bei derselben sein Leben nicht verloren, sondern es war nur ein dem Rittersgutsbesitzer v. Ledow in krassen geblühter Lupinenschöber am 5. December a. pr. in Rauch aufgegangen. Der Werth der Schöbers belief sich zwar auf 1000 Thlr.; indessen ist wohl anzunehmen, wenn dies auch in der Anklage nicht erwähnt war, daß der Schaden nicht den Besitzer, sondern eine Feuerversicherung betroffen hat. Da der Schöber im Freien stand und erwieslich Niemand mit Licht bei demselben gewesen war, wurde geschlossen, daß der Brand vorläufig angezündet worden sei und dieser That der Einwohner Joseph Wiczorek aus Krauschen beschuldigt.

Als Motiv sollte nach gegen Herrn v. Ledow gewirkt haben, weil dieser den Angeklagten wegen eines Felddiebstahls zur Anzeige gebracht und letzterer das Strafmandat ganz kurze Zeit vor der Entziehung des Feuers erhalten hatte. Wenn jedoch der Lupinenschöber verbrannt war, so erhielt freilich nicht, wie der Angeklagte durch Vernichtung desselben dem Eigentümer habe einen Schaden zufügen wollen. Als belästigt gegen den Angeklagten wurde sein Benehmen vor dem Brande angeführt. Er war über die Zustellung des Strafmandats aufgebracht und entfernte sich aus der Stube. Vorher soll er zu seiner Frau geküßert haben: „Zuerst werde ich den nehmen und dann den anderen“. Mit dem anderen soll ein Proceß gegen gemeint gewesen sein.

Beim Feuer ist er nicht gesehen, sondern nach Ausbruch desselben wieder in seiner Stube vorgefunden worden. Nach der Aussage seiner Ehefrau hatte er sich vor dem Weggange mit Streichhölzern versehen.

Es fragte sich, ob die Entfernung des Angeklagten überhaupt einen angemessenen Grund hatte und dies war nach seiner Angabe der Fall; er wollte nämlich das Korn in seiner Scheune bewachen und begab sich zu diesem Zwecke in dieselbe. Hierzu bewog ihn auch sein Zustand, in dem er sich wegen eingemommener Spirituosen befand. Er fand es in der Scheune fahler und lustiger zum Schlafen. Dabei konnte es als sein besonderer Verlastungsmoment erscheinen, wenn seine Ehefrau bekundete, daß er früher die Bewachung nur in der Weise ausgeführt habe, daß er einmal des Nachts um seine Scheune herumgegangen sei.

Das Mitnehmen von Streichhölzern und die vorerwähnte Aeußerung stellte der Angeklagte in Abrede. Freilich sprachen zwei Aussagen gegen ihn, außer der seiner Ehefrau, auch noch die eines Gastfreundes, des Tagearbeiters Kofus aus Neudau, der mit ihm gemeinschaftlich arbeitete, häufig in seiner Wohnung Nachquartier erhielt und auch an jenem Abende, an dem das Feuer ausgebrochen war, erhalten hätte. Allerdings behauptete der Angeklagte, daß ihm Kofus die Gastfreundschaft übergeben habe, da dieselbe von ihm benützt worden sei, um mit seiner Ehefrau in Verbindung zu treten und mit dieser gemeinschaftlich jene Anschuldigung gegen ihn zu schmieden, die ihn unschädlich machen sollte, zumal er, der Angeklagte, dem Gastfreunde vorher die weitere Beherbergung aufgelegt habe. Einen positiven Beweis hierfür zu führen war dem Angeklagten allerdings nicht möglich, denn das Gerede, welches unter den Dorfbewohnern über die Beziehungen des Kofus zu der verheirateten Wiczorek ging, war als ein solcher nicht anzusehen.

Psychologisch interessant war es jedoch, daß die Ehefrau des Angeklagten die sich in der Lage befand, ihr Zeugnis zu verweigern, nicht bloß in der Voruntersuchung und in der mündlichen Verhandlung dies nicht that, sondern sogar in einer fast minutiösen Weise die Umstände hervorhob, aus denen die Entwendungen des Angeklagten, er habe sich während des Feuers in der Scheune befunden, widerlegt werden sollten. Außer den Angaben, die sie über die sonstige Gewohnheit ihres Mannes, die Scheune zu bewachen, machte, behauptete sie auch noch, an dem Abende des Feuers die Scheune abgeschlossen zu haben, mit dem Hinzufügen, daß ihr Mann ihr die Schlüssel nicht abgefordert habe und daß sie, obgleich sie ihn fortwährend beobachtet habe, nicht gesehen habe, daß er die Schlüssel an sich genommen. Wenn schon diese angebliche Observation ihres Mannes besorglich erscheint, so darf ebenfalls nicht unbeachtet bleiben, daß wiederum Kofus es war, der sofort beim Ausbruch des Feuers die Beschuldigung der Mitstiftung durch den Angeklagten aussprach und die Ehefrau desselben ihre Uebereinstimmung durch ihr Benehmen documentierte, so daß die Vorermittelungen der Anklage hierdurch veranlaßt worden waren.

Seine Rückkehr aus der Scheune in die Wohnstube motivirte der Angeklagte vollkommen zutreffend. Er hatte die Temperatur in der Scheune nicht bloß kühl, sondern, da es December war, unangenehm kalt gefunden und deshalb vorgezogen, die gewohnte Lagerstätte in der Wohnstube aufzusuchen.

Der Verteidiger legte in seinem Plaidoyer Gewicht darauf, daß der Angeklagte ein ganz unbescholtener Mensch ist, dem man Glauben schenken könne, daß aber auch dann, wenn man die Beziehungen der Belastungszeugen berücksichtigen wolle, die Folgerichtigkeit der Anklage keineswegs schlagend sei; v. B. brauche der Angeklagte mit der Aeußerung, daß er zuerst den, dann den andern nehmen wolle, keineswegs ein so schweres Verbrechen, als vielmehr eine auf dem Lande ziemlich übliche förperliche Züchtigung gemeint haben.

Dem Antrage des Verteidigers gemäß fand Freisprechung statt.

Breslau, 22. Mai. [Wasserstand.] D. P. 15 F. 9 B. U. P. 2 F. 6 B.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 21. Mai, Nachm. 3 Uhr. Fest. Consois von Mittags 1 Uhr waren 93 1/2 gemeldet. Schluss-Course: Sproc. Rente 69, 67 1/2. Italien. Sproc. Rente 50, 65. Dester. Staats-Eisenb.-Actien 557, 50. dito. ältere Prioritäten 260, —. dito. neuere Prioritäten 258, 50. Credit-Mobil.-Actien 282, 50. Lombard. Eisenb.-Actien 377, 50. dito. Prioritäten 216, 50. Sproc. Ver.-Staaten-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81.

London, 21. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Schluss-Course: Consois 94 1/2. Sproc. Spanier 36 1/2. Italien. Sproc. Rente 50 1/2. Lombarden 15. Mexic. Sproc. Rente 84 1/2. Neue Russen 84 1/2. Silber 60 1/2. Türkische Anleihe von 1865 35 1/2. Sproc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 71 1/2. — In die Bank sind heute 250,000 Pfd. Sterling geflossen.

London, 21. Mai, Nachmittags. In Kupfer lebhafter Umsatz. Zinf fest. Das Haus W. Convelas in Manchester hat mit 58,000 Pfd. Sterl. Passiva die Zahlungen suspendirt.

London, 21. Mai, Abends. [Bantau-Smeis.] Notenumlauf 23,925,150. (Abnahme 53,280.) Baarvorrath 20,788,963 (Zunahme 497,575), Notenerf. 10,542,710 (Zunahme 527,595) Pfd. Sterl.

Florenz, 19. Mai, Abends. Ital. Rente 54, 80. Napoleonsd'or 21, 98. Frankfurt a. M., 21. Mai, Mittags. [Effecten-Societät.] Amerikaner 76 1/2. Credit-Actien 190 1/2. Steuerfreie Anleihe 49 1/2. 1860er Loose 69 1/2. Sproc. Österr. Anleihe von 1859 61 1/2. Staatsbahn 260 1/2. — Fest-Lombarden 178.

Wien, 20. Mai, Abends. [Abend-Börse.] Credit-Actien 182, 40. Nordbahn —. 1860er Loose 85, 00. 1864er Loose 85, 00. Böhmische Westbahn —. Staatsbahn 256, 10. Galizier 199, 00. Steuerfreie Anleihen —. Napoleonsd'or 9, 32 1/2. Lombarden 174, 40. Ungarische Creditactien —. Elisabethbahn —. Fest, aber geschäftlos.

Wien, 21. Mai, Mittags. [Privatverh.] Matt, besonders Galizier. Credit-Actien 182, 20. Staatsbahn 256, 20. 1860er Loose 79, 90. 1864er Loose 84, 90. Steuerfreie Anleihe 00, 00. Galizier 198, —. Lombarden 174, 40. Neue Rudolfsbahn —. Napoleonsd'or 9, 32 1/2.

Triest, 21. Mai. Der Lloyd-Dampfer „Diana“ ist mit der ostindischen Ueberlandpost eingetroffen.

Hamburg, 20. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco bessere Exportfrage, ab auswärts schwächer, auf Termine Anfangs beachtet. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 164 Bancothaler Br., 163 Gld., pr. Mai-Juni 157 Br., 156 Gld., pr. Juli-August 145 Br., 144 Gld., Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 112 Br., 111 Gld., pr. Mai-Juni 109 Br., 108 Gld., pr. Juli-August 99 Br., 98 Gld., Hafer stille. Rüböl stille, loco 20 1/2, pr. Mai 20 1/2, pr. October 22. Spiritus flau. Kaffee fester. Zinf stille. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 21. Mai, Mittags. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. New-Orleans 11 1/2. Georgia 11 1/2. Fair Drollerab 10 1/2. Middling fair Drollerab —. Good middling Drollerab 9 1/2. Bengal 9 1/2. Good fair

Bengal —. Fine Bengal —. New fair Domra 10 1/2. Good fair Domra 10 1/2. Bernam 12. Egyptische 13. Smyrna 10 1/2. Orleans Schwimmb 11 1/2. Schwimmende Amerikaner —. Sabanna —. Mobile —. Domra April-Verfischung —. Hauser Markt.

— 20. Mai. (Schlußbericht.) Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stimmung ruhiger.

New-York, 20. Mai, Abends 6 Uhr. [Pr. atlant. Kabel.] Wechsel auf London in Gold 110. Goldagio 39 1/2. 1882er Bonds 109 1/2. 1885er Bonds 108 1/2. 1904er Bonds 104 1/2. Illinois 147. Eriebahn 68 1/2. Baumwolle 31. Mehl 9, 75. Petroleum raffinit, Type weiß, 28 1/2.

Mit den Dampfern „Saronia“ und „Ruffia“ sind 1 Million Dollars in Contanten verschifft.

New-York, 20. Mai. Die Goldausfuhr betrug 1,100,000 Dollars und nicht 110,000.

New-Orleans, 20. Mai, Abends. (Pr. atlant. Kabel.) [Baumwollen-Bericht.] Zufuhren der letzten 4 Tage 500 Ballen. Export der letzten 4 Tage 1000 Ballen. Vorrath 33,000 Ballen. Middlina Orleans 29 1/2.

Bremen, 20. Mai. Petroleum, Standard white, loco 5 1/2.

Antwerpen, 20. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Etwas fester. Raffinirtes, Type weiß, loco 44, schwimmend 45, pr. September 48, pr. October-December 50.

Paris, 20. Mai, Nachm. Rüböl pr. Mai 89, 50, pr. Juli-August 90, 25, pr. Sept.-Decbr. 90, 25. Mehl pr. Mai 89, 50, pr. Juli-August 81, 50. Saufse. Spiritus pr. Mai 86, 00.

London, 20. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 25,940, Gerste 1080, Hafer 11,750 Quarters. Sehr schwacher Marktbericht, bei dem es in Weizen kaum zu irgend einem Gesäfte kam; Notierungen nominell. Gerste schlepplend. Hafer sehr fest zu Montagspreisen gehandelt. Leinöl ab Hull loco 32 1/2. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 20. Mai, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen loco stille, Termine fest, pr. Mai 228, pr. Juni 209, pr. Juli 206. Rüböl pr. November-December 34 1/2.

New-York, 21. Mai, Abends 6 Uhr. [Pr. atlant. Kabel.] Wechsel auf London in Gold 110. Goldagio 39 1/2. Bonds 110. 1885er Bonds 108 1/2. 1904er Bonds 104 1/2. Illinois 147 1/2. Eriebahn 68 1/2. Baumwolle 30 1/2. Petroleum 28. Mehl 9, 75. — Wenig Nachfrage.

[Breslauer Börse vom 22. Mai.] Schluss-Course. (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 83 1/2 bez. u. Br. Dester. Vantnoten 87 1/2 bez. Schles. Rentenbriefe 91 1/2 Br. Schles. Pfandbriefe 83 bez. Dester. National-Anleihe —. Freiburger 116 1/2 bez. u. Gd. Neisse-Brigier —. Oberschlesische Lit. A. und C. 185 1/2 Br. Wilhelmsbahn 87 1/2 bez. Doppel-Lanzowiger 76 1/2 bez. Dester. Creditbank-Actien 81 1/2 Gd. Schles. Vant-Berein 114 1/2 Gd. 1860er Loose 69 1/2 Gd. Amerikaner 77 1/2 bez. u. Gd. Warschau-Wiener 60 1/2 bez. Minerba 38 1/2 bez. u. Gd. Waier. Anleihe —. Italiener 49 1/2 bez.

Breslau, 22. Mai. Preise der Cerealien.

Table with 2 columns: Item (Weizen, Roggen, Hafer, etc.) and Price (fein mittel ordin., fein mittel ordin.).

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles 17 1/2 Br., 1 1/2 Gld.

Officiell gefündigt: — Str. Weizen. 3000 Str. Roggen. — Str. Leinöl. 200 Str. Rüböl. 25,000 Ort. Spiritus. — Str. Rapskuchen. — Str. Hafer.

Berliner Börse vom 20. Mai 1868.

Large table with multiple columns: Fonds und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Bank- und Industrie-Papiere, Wechsel-Course.

Delfaaten ohne Handel. — Lupinen ohne Handel, pr. 90 Pfund gelbe 36-42 Sgr., blaue 30-38 Sgr. — Bohnen ohne Käufer, pr. 90 Pfd. 90-96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen officirt, schlesische 59-61 Sgr., fremde 50-55 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kultur) billiger erlassen, 60-65 Sgr. pr. Ctr. — Kleesaat ohne Handel. — Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. 22-33 Sgr., Meze 1 1/2-2 1/2 Sgr.

Inserate.

Seute Abend 6 1/2 Uhr verschied sanft und ruhig nach langen Leiden unser geliebter Sohn und Bruder, der Schriftfeger Wilhelm Sorof, im Alter von 30 1/2 Jahren. Dies tiefbetruert unsern Verwandten und Freunden zur Nachricht. Breslau, den 20. Mai 1868. Die Hinterbliebenen.

Todesanzeige. Am 20. d. M. verschied nach langen Leiden unsere innigstgeliebte Tochter Louise Hirsch, im 17. Lebensjahre, welches wir statt besonderer Meldung hiermit anzeigen. Die Beerdigung findet den 23. Mai 4 Uhr Nachmittags statt. [5846] Die tiefbetruerten Eltern und Geschwister.

Medicinische Section. Freitag, den 22. Mai, Abends 6 Uhr: Herr Professor Dr. Förster: Ueber die schädlichen Wirkungen des Tabakrauchens auf das Sehvermögen. Herr Dr. Sommerbrodt: Vorstellung eines Falles von Addison'scher Krankheit. [5045]

Erklärung und Aufforderung.

Seit den Ereignissen des Jahres 1866 sind innerhalb der Demokratie in Betreff der deutschen Frage scharfe Gegensätze hervorgetreten. Ihnen gegenüber muß jeder, der sich an der Entwicklung unseres politischen Lebens beteiligen will, Stellung nehmen. Die Verweigerung einer bestimmten und unabweidenden Erklärung seitens des Wahlvereins hat diejenigen der Unterzeichneten, welche bisher Mitglieder des Vereins waren, gezwungen, aus demselben auszutreten.

Wir erachten den norddeutschen Bund und die norddeutsche Verfassung im Verein mit dem Zollparlament als die Ausgangspunkte und die Grundlagen, auf denen bei friedlicher Entwicklung die Einheit Deutschlands erzielt werden kann und muß.

Wir betrachten es demgemäß als politische Pflicht und vorzugsweise als Aufgabe der Demokratie, diese in Folge der Ereignisse des Jahres 1866 geschaffenen nationalen Institutionen in jeder Weise zu fördern.

Wir stehen somit in principiellem Gegensatz zu der Stellung, welche Dr. Job. Jacoby in der deutschen Frage eingenommen hat, wie nicht minder zu denjenigen Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, jene nationalen Institutionen zu vernichten oder deren Werth und Bedeutung herabzusetzen.

Getreu den Principien der Demokratie werden wir in der inneren Verwaltung und Gesetzgebung die Grundätze der Gleichberechtigung in allen politischen, socialen und religiösen Beziehungen verteidigen und zu verwirklichen suchen.

Diejenigen Wähler Breslau's, welche mit den hier ausgesprochenen Sätzen im Einzelnen und im Ganzen einverstanden sind, fordern wir zur Bildung eines national-demokratischen Vereins auf und eruchen sie, zu einer öffentlichen Versammlung Heute Freitag den 22. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale des Café restaurant

sich einzufinden zu wollen. Breslau, den 22. Mai 1868. [5013]

- List of names: Dr. A. Sch. Reinhold Anders, D. Behlo, August Bergel, Carl Binber, A. Blaser, W. Bräuer, Carl Bunke, Siegfried Cohn, C. L. Davie, Martin Deutsch, Th. Döleke, W. Ebell, C. Eifer, Dr. M. Elsner, August Fräger, Leopold Freund sen., Oscar Freund, Leopold Freund jun., W. Galeiske, Oscar Geppert, Joseph Gottschalk, Heinrich Günther, J. Haase, J. Hayndke, J. Heidelanf, Ed. Hermann, C. Hiemer, J. Heinze, r. Herba, Rob. Hoppe, L. Süser, Paul Jäschke, Robert Jäschke, C. Jung, C. H. L. Kärgen, Dr. F. Kampe, Paul Kittel, Ferd. Klinner, Gust. Kohl, W. Krause, H. Krebs, Heinrich Kube, G. Kupka, C. Langner, Carl Lehnhardt, Jul. Libnitsky, Dr. Lipshitz, C. Mantel, F. Marke, G. Merkin, D. Mödinger, J. Pilla, A. Plischke, C. F. Pohlmann, Th. Polak, S. Quident, B. H. Ramisch, G. Reichmann, Julius Rother, Hermann Sander, Heinrich Schäfer, C. Schönfeld, Z. W. Scholz, Robert Schreier, Adolph Schubert, Ferd. Schuster, A. Schwingel, Ferd. Seidel, A. Semrau, Jos. Siebert, Mar Simon, Samuel Sittenfeld, Wilhelm Sittenfeld, Ed. Sobek, Carl Ludwig Sonnenberg, Dr. Stein, Dr. Stich, W. Stos, August Straube, v. Terpitz, B. Thiedo, Wilhelm Tzinger, Carl Ludwig Tzinger, Dr. Ullrich, C. Walligewsky, F. Wenzel, Heinrich Wernide, H. Windler, G. C. Wittig, J. Zeh.



Zu dem am Sonnabend, den 23. d. M., auf der Wilhelmshöhe bei Wasser stattfindenden Antritts-Commerc labet ihre alten Herren freundlichst ein: Die Burschenschaft „Arminia“, J. A.: C. Hirschfelder, stud. jur. et cam. [5847]

Liebich's Etablissement. Heute: Vorletztes Concert vom kgl. Musik-Director B. Bilsch mit seiner aus 60 Personen bestehenden Kapelle. Sinfonie C-dur von Schubert. Anfang 6 1/2 Uhr.

Billets, à 5 Sgr., sind täglich bis 5 Uhr in der Musikalien-Handlung von Theodor Lichtenberg, Schweidnitzerstr. 30, zu haben. Kassenpreis 7 1/2 Sgr. [5046]

Morgen Sonnabend, den 23. Mai: Letztes Concert. Vorläufige Anzeige. Die Eröffnung des Sommer-Aus-schanks der Simmenauer Brauerei auf dem Matthiasfelde Nr. 3a findet nächsten Montag, den 25. Mai, bestimmt statt. [5043] Die Verwaltung. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Groß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.